Es ist Dein Geld und dein Leben

Dawid Snowden · Veröffentlicht: 16.07.2026

Über Steuern, Personalausweise, Sklaverei und Digitalisierung

Eine Streitschrift

Vorbemerkung, die du nicht überspringen solltest

Dieses Buch stellt deine Lage der eines Sklaven gegenüber, und zwar nicht, um zu behaupten, sie sei nicht unbedingt dieselbe, sondern um zu zeigen, was aus ihr geworden ist. Stell die beiden Systeme nebeneinander, Position für Position, und sieh dir in Ruhe an, was tatsächlich verschwunden ist und was bloß den Aggregatzustand gewechselt hat.

Die Peitsche

Sie war schlechte Technik, und die Betreiber wussten das selbst, denn ein geschlagener Mensch arbeitet langsamer, ein Aufseher kostet Lohn, und jeder Hieb war letztlich das Eingeständnis eines Systems, dass es seine Ware nicht anders halten konnte. Heute gibt es keine Peitsche, und du hältst das für die Abwesenheit von Zwang, obwohl es bloß die Einlagerung des Zwangs ist. Mach die Probe im Kopf und nicht in Wirklichkeit, indem du dir vorstellst, du zahlst nicht, und zwar nicht aus Not, sondern weil du entschieden hast, dass dieses Geld deines bleibt. Zuerst kommt ein höflicher Brief mit einer Frist, dann ein weniger höflicher mit Säumniszuschlag, und wenn du weiterhin schweigst, folgt die Vollstreckungsankündigung, worauf dein Konto gepfändet wird, ohne dass dich jemand fragt, und deine Bank teilt dir das mit wie das Wetter. Dann steht ein Vollziehungsbeamter vor deiner Tür, und wenn du nein sagst, kommt er mit einem Beschluss wieder, und wenn du dich in den Türrahmen stellst, wird die Tür von Männern geöffnet, die dafür ausgebildet sind. Legst du dann Hand an, um dein Eigentum in deiner eigenen Wohnung zu verteidigen, so heißt das Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte nach Paragraph 113 des Strafgesetzbuches, und wenn du sehr entschlossen bist und die Beamten sehr nervös sind, dann hat es Menschen gegeben, die diesen Abend nicht überlebt haben.

Geh diese Kette bis zum Ende, und geh sie bei jeder Forderung, die dieser Staat gegen dich hat, denn am Ende jeder einzelnen von ihnen stehen Männer mit Waffen die dir Gewalt androhen. Das ist keine Anklage von mir, sondern die Definition aus dem Lehrbuch, denn Max Weber hat den Staat vor über hundert Jahren als diejenige Anstalt bestimmt, die das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich beansprucht, und dieser Satz steht seit einem Jahrhundert unwidersprochen in jeder Einführung, wo die Studenten ihn lesen, nicken und weiterblättern, weil sie ihn noch nie auf sich selbst angewendet haben.

Die Peitsche ist also nicht verschwunden, sondern sie liegt in einem verschlossenen Schrank, in den du in deinem ganzen Leben nicht ein einziges Mal hineingesehen hast, und genau deshalb hältst du dich für frei.

Der Arbeitszwang

Auf der Plantage arbeitete man, weil sonst geschlagen wurde, und bei dir arbeitet man, weil es keine dritte Möglichkeit gibt. Sei an dieser Stelle sehr genau, denn hier wird man dich angreifen: Du verhungerst nicht, es gibt Bürgergeld, die Unterkunftskosten werden übernommen, und niemand lässt dich auf der Straße erfrieren. Das ist wahr, und wer es bestreitet, hat die Debatte verloren, bevor sie beginnt. Nur gilt es unter einer Bedingung, die selten mitgesprochen wird, nämlich solange du dich an die Regeln hältst, und wer sich nicht daran hält, dem wird gekürzt, was man ihm als Existenzminimum berechnet hat. Ein Existenzminimum, das man dir wegnehmen kann, wenn du nicht folgst, ist kein Minimum zum Existieren, sondern ein Entgelt für Wohlverhalten.

Sieh dir also an, was diese Alternative tatsächlich ist, denn mit Freiheit hat sie am allerwenigsten zu tun, sie ist deine vollständige Verwaltung. Du bekommst keinen Raum, in dem du dich selbst bestimmst, sondern einen Sachbearbeiter, dem du nachzuweisen hast, dass du dich bemüht hast, ein brauchbarer Bürger zu sein, und was du ihm gegenüber schuldest, ist in einer Vereinbarung geregelt, die deine Eingliederung heißt, so als wärst du ein Bauteil, das nicht richtig sitzt. Jede Veränderung deiner Verhältnisse hast du zu melden, und niemand nennt das Zwang, weil es Pflicht heißt, obwohl der Unterschied zwischen beidem allein darin besteht, wer das Wort aussucht. Deine Familie heißt in diesen Akten nicht Familie, sondern Bedarfsgemeinschaft, und wenn dir dieses Wort nichts sagt, dann lies es noch einmal, denn es beschreibt Menschen, die zusammenleben, als eine Verrechnungseinheit, deren Mitglieder füreinander haften. Du bist damit nicht aus dem Verhältnis heraus, sondern tiefer darin, weil du nun nicht mehr nur den Ertrag lieferst, sondern zusätzlich Rechenschaft über deinen Tagesablauf.

Und dann sieh dir an, was ein Fuchs darf und du nicht. Er gräbt seinen Bau, wo er ihn haben will, und fragt niemanden. Es gibt auf dieser Erde kein Lebewesen außer dir, das für den Boden, auf dem es steht, monatlich bezahlen muss. Du wirst jetzt einwenden, dass man in diesem Land Grund kaufen kann, und das stimmt, nur sieh dir an, was du damit bekommst. Du zahlst dafür einmal den Kaufpreis, dann die Grunderwerbsteuer dafür, dass du kaufen durftest, und danach bis an dein Lebensende jedes Jahr Grundsteuer dafür, dass du es behalten darfst. Stell die Zahlungen ein und warte ab, was geschieht, denn dann kommt die Zwangsversteigerung, und du erfährst innerhalb weniger Monate, wem dieser Boden in Wahrheit gehört. Was man dir als Eigentum verkauft hat, ist ein Mietverhältnis auf Lebenszeit, bei dem der Vermieter die Miete selbst festsetzt und sie Steuer nennt und sogar bestimmt wie du es bauen und nutzen darfst. Ein Insekt hat mehr Anspruch auf den Fleck, auf dem es sitzt, als du auf deinen.

Die Plantage hat die Alten und die Kranken übrigens auch durchgefüttert, und das war keine Milde, sondern eine Warenbestandspflege, denn man wirft nicht weg, was man später wieder brauchen könnte, und solange sich ein Mensch bewegt, lässt sich mit ihm etwas anfangen. Ein System, das dir das Verhungern erspart und dir dafür ein Aktenzeichen gibt, unter dem du in einer Datenbank geführt wirst, hat dich nicht befreit, sondern den Zwang von der Muskelkraft auf die Alternativlosigkeit verlagert. Das ist billiger, es ist leiser, und es funktioniert besser.

Und jene Rechnung, die du am Monatsende aufmachst, wenn von deinem Lohn nach allem, was vorher abgezogen und nachher aufgeschlagen wurde, fast nichts mehr übrig ist, diese Rechnung hätte ein Mensch auf einer Plantage sofort verstanden. Er hätte nur eine einzige Frage gestellt, nämlich wo denn die Ketten sind.

Die Versteigerung

Der Sklave wurde einmal in seinem Leben geschätzt, auf einem Podest, vor Publikum, und danach wusste er, was er wert war, was roh und zugleich ehrlich war. Aber die Schätzung war nicht der Anfang, denn der Anfang stand im Inventarbuch. Auf den Plantagen wurde jede Geburt eingetragen, mit Datum und mit dem Namen der Mutter und einer Wertangabe, weil das Kind vom ersten Atemzug an ein Posten war, und man tat das nicht aus Bosheit, sondern aus Buchführung, denn wer Eigentum hat, führt darüber Bestand.

Sieh dir nun an, was mit dir geschieht, in der Stunde nach deiner Geburt und in den Jahren danach.

Du wirst gemessen und gewogen, deine Blutgruppe wird bestimmt, und noch bevor du deine Augen richtig öffnen kannst, ist deine Geburt beim Standesamt angezeigt, wofür das Gesetz eine Frist von einer Woche vorsieht. Seit 2007 bekommt jeder Mensch in diesem Land bereits bei der Geburt eine Steueridentifikationsnummer, die lebenslang gilt, die unveränderlich ist, die beim Bundeszentralamt für Steuern geführt wird und die erst zwanzig Jahre nach dir stirbt.

Dein erstes Aktenzeichen ist also ein Steuerzeichen dein digitales Brandmal, und bevor du einen Namen hast, den du selbst benutzen kannst, hast du eine Nummer, unter der du geführt wirst, wobei der Zweck dieser Nummer bereits in ihrem Namen steht.

Und nun pass sehr genau auf, denn an dieser Stelle hat man etwas getan, das man ausdrücklich nicht tun durfte. Das Bundesverfassungsgericht hat 1983 im Volkszählungsurteil ein einheitliches Personenkennzeichen ausgeschlossen, also ein Zeichen, unter dem sich alles zusammenführen lässt, was der Staat getrennt über einen Menschen gespeichert hat, und der Grund dafür war nicht Zimperlichkeit, sondern die Erfahrung, dass über einen vollständig registrierten Menschen auch vollständig verfügt werden kann.

Im Jahr 2021 wurde mit dem Registermodernisierungsgesetz genau ein solches Zeichen eingeführt, es wurde nur nicht so genannt, denn man nahm einfach die Steueridentifikationsnummer, die ohnehin jeder von Geburt an mit sich trägt, und machte sie zur übergreifenden Kennung über die Register. Den Riegel von 1983 hat man nicht aufgebrochen, sondern man ist um ihn herumgegangen, und die Tür, durch die man ging, heißt jetzt Steuer.

Der Sklave, der die Plantage verlassen wollte, brauchte einen Schein, den der Eigentümer ihm schrieb und auf dem Ziel und Rückkehrzeit vermerkt waren. Draußen ritten Patrouillen, die jeden Schwarzen anhielten und diesen Schein sehen wollten, und wer keinen vorweisen konnte, der galt als entlaufen und wurde festgesetzt. Freie Schwarze mussten eigene Papiere mit sich führen, die bewiesen, dass sie frei waren, und diese Papiere mussten in regelmäßigen Abständen erneuert werden. Merk dir den folgenden Satz, denn er ist der wichtigste dieses Abschnitts: Der Beweis, dass ein Mensch kein Eigentum ist, lag bei ihm selbst und war auf Verlangen vorzuzeigen.

Und falls dir dieser Mechanismus fremd vorkommen sollte, dann erinnere dich daran, was du vor wenigen Jahren in der Plandemie getan hast, ohne einen Augenblick darüber nachzudenken.

Du hast an einer Tür ein Dokument vorgezeigt. Am Eingang eines Restaurants, im Zug, an deinem eigenen Arbeitsplatz. Jemand hat es angesehen und entschieden, ob du hineindarfst. Der Kellner wurde zur Kontrollstelle, und niemand fand das seltsam, weil es innerhalb weniger Wochen alle gelernt hatten. Es war zeitlich begrenzt, es wurde von Gerichten überprüft, und vieles davon wurde für rechtmäßig erklärt und danach wieder abgeschafft.

Und hier musst du sehr diszipliniert sein, denn an dieser Stelle verlieren fast alle die Nerven und damit ihren Leser. Ob diese Maßnahmen richtig waren oder falsch, ist eine andere Frage, sie gehört in ein anderes Buch, und dieses Buch beantwortet sie nicht. Für die Gegenüberstellung, um die es hier geht, ist sie sogar vollkommen gleichgültig.

Nun schlag Paragraph 1 des Personalausweisgesetzes auf, wo geschrieben steht, dass du verpflichtet bist, einen gültigen Ausweis zu besitzen, sobald du sechzehn bist, und ihn auf Verlangen einer dazu berechtigten Behörde vorzulegen. Seit dem 2. August 2021 sind auf dem Chip dieses Ausweises die Abdrücke deiner beiden Zeigefinger gespeichert, verpflichtend und ohne jede Ausweichmöglichkeit, und auslesen dürfen sie die Polizei und der Zoll, die Meldebehörden und, was du dir auf der Zunge zergehen lassen solltest, die Steuerfahndung.

Dass du Fingerabdrücke mit Verbrechen verbindest, ist keine Prüderie deinerseits, sondern die richtige Assoziation, denn genau dafür wurden sie erfunden, und man nimmt sie inzwischen von allen. Der Europäische Gerichtshof hat im März 2024 im Übrigen entschieden, dass die zugrunde liegende EU-Verordnung im falschen Gesetzgebungsverfahren beschlossen wurde und deshalb nur noch bis zum 31. Dezember 2026 angewendet werden darf, woraus folgt, dass deine Fingerabdrücke aufgrund einer Regel auf diesem Chip liegen, die so nie hätte zustande kommen dürfen. Genommen hat man sie trotzdem, fünf Jahre lang und von Millionen Menschen, und zurückgeben wird sie niemand.

Und dann lies Paragraph 4, Absatz 2 desselben Gesetzes, der aus sieben Wörtern besteht, den du heute Abend nachschlagen kannst und der lautet: Ausweise sind Eigentum der Bundesrepublik Deutschland.

Du hast dafür bezahlt, du hast dein Gesicht und deine Finger dafür hergegeben, und trotzdem ist das Dokument, das beweist, wer du bist, juristisch nicht deines, denn du bist lediglich sein Inhaber, während der Eigentümer ein anderer ist. In einem Rechtssystem, das über Eigentum sonst mit äußerster Präzision spricht, ist das keine Redewendung, sondern eine Angabe.

Jetzt kommt der Teil, der wirklich wehtut, und er handelt nicht vom Staat, sondern von dir!

Eine Mitführpflicht gibt es in Deutschland nämlich nicht. Du musst den Ausweis besitzen, aber du musst ihn außerhalb einiger Sonderfälle nicht bei dir tragen, und kein Gesetz verlangt, dass er in deiner Tasche steckt, wenn du zum Bäcker gehst. Trotzdem steckt er dort, bei dir und bei fast jedem Menschen in diesem Land, an jedem Tag und seit Jahrzehnten, ohne dass es je jemand angeordnet hätte.

Die Patrouille musste den Schein sehen wollen, während du ihn vorher zeigst.

Am Ende, wenn man dich einmal wirklich erfasst, wird nachgetragen, was noch fehlt, denn die erkennungsdienstliche Behandlung nach Paragraph 81b der Strafprozessordnung umfasst neben Lichtbild und Fingerabdruck auch Messungen und ähnliche Maßnahmen, und dazu gehört die Erfassung unverwechselbarer Merkmale auf deiner Haut bis hin zu deinen Tätowierungen. Genau das hat man mit Menschen gemacht, die als Eigentum in ein Register aufgenommen wurden, indem man notierte, woran man sie wiedererkennen würde, falls sie eines Tages fehlen sollten.

Dazwischen, in all den Jahren, in denen dich niemand erfasst und niemand verhaftet, wird deine Bonität berechnet, dein Gehaltsband bestimmt, dein Lebenslauf bewertet, und in den Papieren derer, die über dich verfügen, heißt du Humankapital. Dieses Wort steht dort tatsächlich, und man hat es nicht einmal versteckt, weil niemand damit rechnet, dass du diese Papiere liest. Kapital aber ist per Definition etwas, das arbeitet, damit ein anderer den Ertrag bekommt.

Der Unterschied ist also nicht, dass du keine Ware wärst, sondern dass die Auktion niemals aufhört, dass du deinen Preis nie erfährst und dass du den Schein freiwillig mit dir trägst.

Die Kinder

Dir werden deine Kinder nicht verkauft, das ist wahr, der Unterschied ist gewaltig, und du sollst ihn nicht kleinreden. Aber wer über deine Kinder verfügt, wenn du und der Apparat verschiedener Meinung sind, das ist eine Frage, auf die es in diesem Land eine dokumentierte Antwort gibt. Dirk und Petra Wunderlich aus der Nähe von Darmstadt haben ihre vier Kinder zu Hause unterrichtet, und weil Bußgelder wirkungslos blieben, kamen am 29. August 2013 über dreißig Polizisten und Mitarbeiter des Jugendamts in dieses Haus und brachten die vier Kinder in ein Heim.

Der Wissensstand der Kinder entsprach dem ihrer Altersgenossen, was die Behörde selbst festgestellt hatte, und sie wurden auch nicht gegen ihren Willen zu Hause gehalten, sodass es um nichts anderes ging als um die Durchsetzung der Schulpflicht (Schulzwang). Am 10. September 2013 erklärten sich die Eltern schriftlich bereit, die Kinder in die Schule zu schicken, und neun Tage später waren die Kinder wieder zu Hause.

Lies diese beiden Sätze noch einmal hintereinander, denn zwischen ihnen liegt die ganze Konstruktion: Die Kinder kamen zurück, als die Eltern nachgaben, woraus folgt, dass sie kein Schutzgut waren, sondern der Hebel. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat diesen Vorgang im Januar 2019 geprüft und einstimmig entschieden, dass keine Verletzung des Rechts auf Familienleben vorliegt.

Nun stell die Frage, die an dieser Stelle unausweichlich ist, nämlich mit welchem Recht überhaupt jemand darüber bestimmt, wie fremde Kinder in fremden Familien geformt werden. Und du musst sie dir nicht selbst beantworten, denn man hat sie dir bereits beantwortet, schriftlich, in aller Ruhe und ohne dass jemand dabei rot geworden wäre. Das Bundesverfassungsgericht hat das Verbot des Heimunterrichts 2014 damit begründet, dass die Allgemeinheit ein berechtigtes Interesse daran habe, der Entstehung von religiös oder weltanschaulich geprägten Parallelgesellschaften entgegenzuwirken.

Bleib bei diesem Satz stehen, denn er ist ein Geständnis.

Er sagt nicht, dass die Kinder zu wenig lernen. Das kann er auch nicht sagen, denn im Fall der Wunderlichs hatte die Behörde selbst festgestellt, dass der Wissensstand dem der Altersgenossen entsprach, und die Kinder wurden trotzdem geholt. Er sagt nicht, dass Heimunterricht dem Kind schadet. Das kann er ebenfalls nicht sagen, denn in den meisten europäischen Ländern ist Heimunterricht erlaubt, was der Gerichtshof in Straßburg ausdrücklich vermerkt hat, und diese Länder sind nicht voller beschädigter Menschen. Was der Satz sagt, ist etwas völlig anderes: dass die Gemeinschaft ein Interesse an dem Weltbild deiner Kinder hat und dass dieses Interesse deines übersteigt.

Damit ist ausgesprochen, was du sonst mühsam behaupten müsstest und was man dir als Unterstellung ausgelegt hätte. Niemand bestreitet, dass in dieser Einrichtung Weltbilder geformt werden. Das ist der Zweck. Es steht in der Begründung. Der Streit geht ausschließlich darum, wer sie formen darf, und diese Frage ist entschieden, und zwar nicht zu deinen Gunsten.

Und nun sieh dir an, wie die Plantage dasselbe Problem gelöst hat, denn hier wird es unheimlich.

Auf den Plantagen des Südens war es verboten, einem Sklaven das Lesen beizubringen. In South Carolina seit 1740, in Virginia und anderen Staaten verschärft nach dem Aufstand von Nat Turner, und die Begründung wurde nicht einmal verschleiert. Ein Sklave, der lesen kann, liest die Schriften der Abolitionisten. Er kann sich selbst einen Passierschein schreiben. Er kann Gedanken haben, die nicht auf der Plantage entstanden sind. Also verbot man das Lesen, nicht aus Dummheit, sondern aus einem sehr klaren Verständnis davon, dass ein Mensch, dessen Kopf man kontrolliert, keine Ketten mehr braucht.

Der Eigentümer verbot die Bildung. Der Apparat verordnet sie. Und bevor du aufatmest, weil das doch das Gegenteil sei, denk eine Sekunde länger nach, denn es ist dasselbe Instrument mit umgekehrtem Vorzeichen. In beiden Fällen entscheidet nicht der Mensch und nicht seine Familie darüber, was in den Kopf des Kindes gelangt, sondern derjenige, der einen Anspruch auf das Kind erhebt. Ob dieser Anspruch mit einem Verbot durchgesetzt wird oder mit einer Pflicht (Zwang), ist eine Frage der Epoche und nicht des Prinzips. Der Plantagenbesitzer fürchtete, dass ein gebildeter Sklave die Plantage verlässt. Die Begründung von 2014 fürchtet, dass ein anders gebildetes Kind in einer anderen Welt aufwächst als der Rest, und sich nicht politisch ausbeuten und versklaven lässt. Beide fürchten dasselbe, nämlich einen Menschen, der woanders herkommt und andres denkt!

Frag dich also, was ein System, das seinen Zugriff am Ende mit Zwang durchsetzt, mit einem Kind macht, das es fünf Tage die Woche und dreizehn Jahre lang vor sich hat. Frag dich, was dort belohnt wird und was bestraft, ob es das Melden oder das Widersprechen ist, das Stillsitzen oder das Aufstehen, und frag dich, welche Eigenschaft ein Mensch am Ende von dreizehn Jahren zuverlässig erworben hat. Ich behaupte dir hier nichts über den Inhalt der Lehrpläne, denn das ist ein anderer Streit, und in diesem Buch brauche ich ihn nicht. Es genügt vollkommen, dass die Entscheidung darüber nicht bei dir liegt und dass dir die Kinder weggenommen werden können, wenn du sie an dich ziehst.

Und stell zuletzt die Frage, vor der du dich vielleicht drückst, weil sie so groß ist:

Wovor hat man eigentlich Angst?

Nicht davor, dass deine Kinder dumm bleiben, denn das wurde geprüft und ausgeschlossen, und man hat sie trotzdem geholt. Und du musst an dieser Stelle auch nicht raten, denn man hat es aufgeschrieben. Die Angst hat einen Namen, sie steht in der Begründung von 2014, und sie heißt Parallelgesellschaft.

Nimm dieses Wort einmal auseinander, bevor du darüber hinwegliest. Es sagt nicht Untergesellschaft, es behauptet nicht, dass dort weniger geschieht oder Schlechteres. Es sagt, dass dort etwas anderes geschieht, auf eigenen Voraussetzungen, neben dem, was vorgesehen ist. Gefürchtet wird also nicht der Mangel, gefürchtet wird die Abweichung vom demokratischen Missbrauchssystem.

Und nun kommt der Punkt, an dem sich die ganze Sache entscheidet, und er ist so einfach, dass man ihn übersieht. Einen Versuch, von dem man weiß, dass er scheitert, verbietet man nicht, sondern man führt ihn vor. Er ist die beste Werbung, die ein System haben kann, weil ein sichtbar gescheiterter Gegenentwurf mehr für die bestehende Ordnung tut als jede Verteidigungsrede. Man verbietet einen Versuch ausschließlich dann, wenn man nicht sicher ist, wie er ausgeht.

Das Verbot ist damit kein Beweis für Bosheit, sondern ein Beweis für Zweifel, und dieser Zweifel ist nicht deiner, sondern ihrer.

Achte außerdem darauf, dass dieses Wort keine Fahne trägt. Vor der Parallelgesellschaft fürchten sich die Demokratien genauso wie die Diktaturen und alle Ideologien dazwischen, sie alle benutzen es, sie alle meinen dasselbe, und sie alle meinen es unabhängig davon, was auf ihrem Briefkopf steht. Wer wissen will, warum in diesem Buch am Ende von Etiketten auf derselben Ware die Rede sein wird, findet hier den Grund, denn an dieser einen Stelle sprechen sie alle mit einer Stimme.

Was verboten wird, ist nicht ein Lehrplan. Verboten wird die Möglichkeit, dass irgendwo Menschen etwas aufbauen, das besser funktioniert als das Vorgesehene, dass aus Kindern keine Mitläufer werden, sondern Leute, die eine Anordnung lesen, sie zurückfragen und irgendwann nicht mehr bereit sind, als demokratische Ressource gehalten, verwertet oder im Krieg verheizt zu werden.

Es reicht vollkommen, dass man das Ausprobieren verboten hat, damit sich die Menschen nicht evolutionär weiterentwickeln können. Alles Weitere sagt dir das Verbot selbst. Übersetzt heißt der ganze Vorgang, dass deine Kinder nicht dir allein gehören, weil die Gemeinschaft ein Interesse an ihrem Weltbild hat. Genau so hätte ein Plantagenbesitzer geantwortet, wenn man ihn nach der Erziehung der Kinder auf seinem Grund gefragt hätte, und er hätte dabei nicht einmal die Stimme heben müssen.

Der Ertrag

Der Sklave besaß nicht, was aus seinen Händen kam, und zwar nicht deshalb, weil man es ihm wegnahm, sondern weil es ihm nie gehört hatte. Bei dir wird es weggenommen, und dieser Unterschied ist real, denn er bedeutet, dass es dir für einen Moment gehört hat. Nur solltest du dir ansehen, wie lang dieser Moment ist.

Rechne also zusammen, was von deiner Lebenszeit dir selbst gehörte, und nimm dabei nicht nur die Lohnsteuer, die du auf deiner Abrechnung siehst, sondern auch alles, was abgezogen wurde, bevor der Betrag überhaupt auf dem Zettel erschien, und alles, was in jedem Preis steckt, den du danach bezahlst. Du musst nicht selbst rechnen, das hat jemand für dich getan.

Der Bund der Steuerzahler berechnet jedes Jahr den Tag, an dem ein durchschnittlicher Arbeitnehmerhaushalt aufhört, für die öffentlichen Kassen zu arbeiten, und anfängt, für sich zu arbeiten. Im Jahr 2026 war das Montag, der 13. Juli, um 23 Uhr 21.

Einhundertdreiundneunzig von dreihundertfünfundsechzig Tagen. Von jedem Euro, den du erwirtschaftest, gehen 53,1 Cent weg, davon 20,8 Cent als Steuern und 32,3 Cent als Sozialabgaben, und 46,9 Cent bleiben dir. Lebst du allein, ist es schlimmer, denn dann liegt deine Quote bei 54 Prozent und dein Tag fällt auf den 17. Juli.

Halte einen Moment inne bei dem, was dieser Satz beschreibt. Es gibt einen Tag im Kalender, an dem du aufhörst, für andere zu arbeiten. Er hat eine Uhrzeit. Du hast ihn dieses Jahr verbracht, ohne ihn zu bemerken, so wie du ihn jedes Jahr deines Lebens verbracht hast, und er liegt jedes Jahr im Hochsommer.

Jetzt kommt der Teil, an dem du ehrlich sein musst, weil man dich sonst zerlegt.

Der Bund der Steuerzahler ist ein Interessenverband, und seine Berechnungsweise wird bestritten, unter anderem weil sie die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung einbezieht. Nimm also die Zahlen von jemandem, den niemand verdächtigen kann. Nach den Daten der OECD *** wird ein lediger Durchschnittsverdiener in ganz Europa nur in einem einzigen Land stärker belastet als in Deutschland, nämlich in Belgien, und der europäische Durchschnitt liegt bei 44,9 Prozent, während Deutschland bei rund 53 liegt. Das ist keine Kampfschrift, das ist eine Tabelle einer Organisation, die von Regierungen finanziert wird, übrigends mit deinem Geld.

Und nun der Einwand, den man dir entgegenhalten wird, und ich lege ihn dir selbst hin, damit er dich nicht überrascht.

Der Präsident des Steuerzahlerbundes erhebt ihn nämlich in derselben Mitteilung, in der er die Zahl veröffentlicht. Die Bürger hätten in der ersten Jahreshälfte natürlich nicht umsonst gearbeitet, sagt Reiner Holznagel dort, denn es fließe zum Großteil zurück, in Straßen und Schulen, in Krankenhäuser und Renten.

Jetzt spürst du etwas in dir aufsteigen, und ich weiß genau, was es ist, weil es mir genauso geht. Du willst antworten: Dann sieh dir die kaputten Straßen und Schlaglöcher doch an. Sieh dir die Brücken an, die gesperrt werden, weil niemand sie saniert hat. Sieh dir die Schule an, in der deine Tochter oder dein Sohn sitzt, und die Klinik, in der du fünf Monate auf einen Termin wartest, und die Rente, von der jeder unter vierzig weiß, dass sie für ihn nicht mehr da sein wird, in die er aber trotzdem einzahlen muss, weil man ihn sonst pfändet.

Und wenn du nachschlägst, findest du auch weiteres Material. Du findest, dass die Abgeordnetenentschädigung seit einer Automatik von 2014 jedes Jahr am ersten Juli entlang des Nominallohnindex steigt und im Juli 2025 bei 11.833,47 Euro monatlich lag. Du findest, dass sie zum Juli 2026 um 4,2 Prozent auf 12.330,48 Euro hätte steigen sollen und dass der Bundestag darauf verzichtet hat. Und wenn du weiterliest, findest du, dass dieser Verzicht bewusst auf denselben Freitag gelegt wurde, an dem auch die Krankenkassenreform beschlossen wurde, mit der die Zuzahlungen für Medikamente steigen und die beitragsfreie Mitversicherung für Ehepartner eingeschränkt wird.

Du findest, dass die Juli-Diät bereits ausgezahlt war und die 497,01 Euro bei der nächsten Zahlung wieder abgezogen werden. Du findest, dass die Ersparnis bei 630 Abgeordneten rund 3,75 Millionen Euro beträgt, gemessen an einem Bundeshaushalt von etwa 480 Milliarden. Und du findest, dass die Automatik zum ersten Juli 2027 wieder anläuft, ausgehend von 11.833,47 Euro, sodass nichts aufgegeben, sondern um zwölf Monate verschoben wurde. Du findest, dass Deutschland seit dem russischen Konflikt vom 24. Februar 2022 bilateral rund 41 Milliarden Euro an ziviler und rund 55,5 Milliarden Euro an militärischer Unterstützung für die Ukraine geleistet oder bereitgestellt hat, und dass für 2026 allein rund 11,55 Milliarden im Etat stehen. Du findest, dass du für die Sender, die du vielleicht nie einschaltest, monatlich GEZ zahlst, ohne kündigen zu können, und dass am Ende auch dieser Beitrag vollstreckt wird und sie sogar bereit sind, wegen 10 Euro dir die Tür einzutreten, und Dich windelweich zu prügeln, wenn du dich zur wehr setzen solltest.

Und jetzt halt an und sieh dir an, was ich in den letzten zwei Absätzen gerade getan habe.

Ich habe angefangen, mich zu verteidigen. Ich bin auf ihren Boden getreten und habe dort zu argumentieren begonnen, dass sie es schlecht ausgeben, und in dem Moment, in dem ich das tue, habe ich das Prinzip bereits eingeräumt. Denn wer darüber streitet, ob das Geld gut verwendet wird, hat zugestanden, dass es ihr Geld ist und dass es nur um die Verwendung geht. Auf diesen Boden wollen sie dich haben. Dort können sie ewig mit dir diskutieren, dort haben sie bessere Zahlen als du, und am Ende jeder dieser Diskussionen steht der Satz, du sollest halt anders wählen. Am besten eine andere Partei die dir das System vor die Nase setzt, für das gute Gefühl, damit du wieder hoffen kannst, und ihr Missbrauchssystem niemals verlässt.

Ein Herr, der seinen Ertrag klug anlegt, ist kein bisschen weniger Herr als einer, der ihn verspielt. Das ist es ja gerade, was Eigentum bedeutet. Der Eigentümer schuldet dem Eigentum keine Rechenschaft über die Verwendung. Wenn ein Plantagenbesitzer seine Gewinne in eine Eisenbahn steckte, die allen nützte, dann war das eine gute Investition und kein einziger Mensch auf seinem Grund wurde dadurch freier. Hätte er sie im Spielsalon verloren, wären sie ebenso wenig unfreier geworden. Die Frage der Freiheit und die Frage der Haushaltsführung haben nichts miteinander zu tun, und wer sie vermengt, verliert beide.

Nimm von allem, was du gerade gelesen hast, deshalb nur das, was nicht von Verschwendung handelt, sondern von Entscheidung. Es ist nicht die Höhe der Diäten, es ist die Automatik, denn eine Automatik ist eine Entscheidung, die einmal getroffen wurde und danach niemanden mehr fragt. Es ist nicht der Verzicht, es ist die Terminwahl, denn wer eine Erhöhung ausgerechnet an dem Tag aussetzt, an dem er die Zuzahlungen für Medikamente erhöht, der weiß auf die Stunde genau, wie es wirkt, und er tut es trotzdem, weil er es kann. Es sind nicht die 55,5 Milliarden, es ist der Umstand, dass über sie entschieden wurde, ohne dass irgendjemand dich gefragt hätte, in denselben Jahren, in denen dein Steuerzahlergedenktag nach hinten wanderte. Und es ist nicht die Höhe des Rundfunkbeitrags, es ist, dass du ihn nicht kündigen kannst. Wenn du in diesem ganzen Absatz nur eine einzige Sache behältst, dann diese: Nicht kündigen zu können ist keine Gebühr. Es ist ein Verhältnis.

Auf der Plantage kam auch nie etwas zurück. Es gab ein Dach, es gab Essen, es gab bei schwerer Krankheit sogar einen Arzt, und all das war ökonomisch vollkommen vernünftig, weil ein Mensch, der verhungert, keinen Ertrag mehr abwirft. Du hast das ein paar Seiten vorher schon gelesen, und es hieß Warenbestandspflege. Kein Sklavenhalter der Geschichte hat je behauptet, seine Leute bekämen nichts. Sie bekamen eine Menge. Sie bekamen es nur nicht als Menschen, die entscheiden, sondern als Bestand, der versorgt wird.

Die Frage war also nie, ob etwas zurückkommt. Die Frage ist, wer bestimmt, was zurückkommt, in welcher Höhe, zu welchem Zweck, und ob du ablehnen darfst. Und du weißt die Antwort, du hast sie in diesem Kapitel schon dreimal gelesen. Du darfst nicht ablehnen. Wenn du es versuchst, beginnt jene Kette, die mit einem höflichen Brief anfängt und mit Männern endet, die dafür ausgebildet sind, deine Tür zu öffnen. Wenn du dein Geld behalten willst, wird es dir vom Konto genommen, ohne dass jemand fragt. Wenn du dein Grundstück behalten willst, ohne weiter zu zahlen, wird es versteigert, und du erfährst, wem es die ganze Zeit gehört hat. Und in deiner eigenen Garage musst du fragen, ob du eine Werkbank aufstellen darfst, für die du dein halbes Leben gearbeitet hast.

Sag also nicht laut in deinem Wohnzimmer, dass sie dich berauben, denn das ist ein Wort, und Worte kann man bestreiten. Sag stattdessen die Zahl. Sag den 13. Juli, sag 23 Uhr 21, sag einhundertdreiundneunzig Tage, und sag, dass du dabei kein einziges Mal gefragt worden bist.

Ein Mensch, der einhundertdreiundneunzig Tage im Jahr für andere arbeitet, dem der Rest genommen werden kann, dessen Boden nicht sein Boden ist und der um Erlaubnis bitten muss, um in seinem eigenen Gebäude zu stehen, für den hat es in jedem anderen Jahrhundert der Menschheitsgeschichte ein Wort gegeben. Es fehlt nur in diesem.

Die Flucht

Der Sklave, der über den Fluss ging, hatte einen Steckbrief und Hunde hinter sich, aber vor sich einen Boden, auf dem der Anspruch endete. Du hast keine Hunde hinter dir, dafür hast du einen Anspruch vor dir, der nicht endet, und was das genau bedeutet, ist der Gegenstand dieses Buches, das im Jahr 1850 beginnt.

Was ist also verschwunden?

Verschwunden ist weder der Zugriff noch der Zwang, und die Gewalt ist es am allerwenigsten, denn die ist bloß umgezogen. Sie lag früher auf dem Rücken, in Form von Peitschenhieben, die jeder sehen konnte, und heute liegt sie in Akten, in Vollstreckungstiteln und in Datenbanken, wo sie niemand sieht, bis sie geholt wird. Verschwunden ist einzig die Sichtbarkeit der Ketten.

Der Mensch auf der Plantage wusste jeden Morgen beim Aufwachen, dass er unfrei ist, und dieses Wissen war das Einzige, was ihm wirklich gehörte, und es war unzerstörbar, weil die Peitsche es täglich erneuerte. Die Peitsche tat aber noch etwas anderes, und das ist der Teil, den du dir merken sollst: Sie steuerte sein Verhalten. Sie sagte ihm, wann er aufsteht, wo er hingeht, was er tut und was er lässt. Genau das tun bei dir die Paragraphen, die Pflichten (Zwänge) und die Strafen, nur dass niemand dabei ausholen muss.

Man hat dir also das Wissen genommen, Abhängigkeit genommen, und dir dafür ein Wort gegeben, und hinter diesem Wort steht dieselbe Konstruktion wie eh und je, nämlich eine Bedingung mit einer Drohung dahinter. Tu dies, oder es hat Folgen. Geh dorthin, oder es hat Folgen. Gib uns dein Geld, oder es hat Folgen. Weise deinen Status nach, oder du kommst hier nicht herein. Der Satz ist immer derselbe, und was hinter dem Oder steht, spricht man in der Regel nicht aus, weil es genügt, dass jeder es kennt.

Der Sklave trug die Kette am Fuß und sah sie jeden Tag. Du trägst sie im Kopf und nennst sie Vernunft, Rechtsstaat, Demokratie oder Religion.

Wer von euch beiden ist besser gehalten?

Die Gegenüberstellung behauptet also nicht, dass du dasselbe leidest. Sie behauptet etwas viel Genaueres, und weil es genauer ist, ist es auch schwerer zu widerlegen. Sie behauptet, dass die Konstruktion, mit der ein Mensch heute an eine Verwaltung gebunden wird, in ihrem Aufbau derselben Logik folgt wie jene, mit der man damals einen Menschen an einen Eigentümer band.

Die Grausamkeit ist nicht dieselbe, aber die Bauweise ist es. Und weil die Bauweise dieselbe ist, kannst du an der alten Konstruktion etwas über die neue lernen, was du an der neuen allein niemals sehen würdest. Du siehst die neue nämlich nicht. Das liegt nicht daran, dass du dumm bist. Es liegt daran, dass du in ihr aufgewachsen bist, und dieser Umstand hat Namen, die gut erforscht sind.

Der erste heißt kognitive Dissonanz, und Leon Festinger hat ihn 1957 beschrieben. Er besagt, dass ein Mensch es nicht aushält, zugleich zwei Dinge zu glauben, die einander widersprechen, und dass er den Widerspruch auflöst, indem er nicht etwa die Tatsachen ändert, sondern seine Überzeugung. Zwei Jahre später zeigten Elliot Aronson und Judson Mills, wie das im Ernstfall aussieht. Sie ließen Menschen eine unangenehme Aufnahmeprozedur durchlaufen, bevor diese einer Gruppe beitreten durften, und das Ergebnis war nicht Groll, sondern das genaue Gegenteil: Wer am meisten hatte erdulden müssen, mochte die Gruppe hinterher am liebsten. Der Verstand hatte gerechnet und war zu dem einzigen Schluss gekommen, der auszuhalten war, nämlich dass es das wert gewesen sein muss.

Und nun rechne mit. Du hast einhundertdreiundneunzig Tage im Jahr für etwas gearbeitet, über das du nicht entschieden hast. Du tust das seit deinem zwanzigsten Lebensjahr. Was, glaubst du, tut dein Verstand mit dieser Summe? Er kann sie unmöglich für Raub halten, denn dann wäre dein halbes Leben Raub gewesen, und das hält kein Mensch aus. Also muss es gerecht gewesen sein. Es muss vernünftig gewesen sein. Es muss alternativlos gewesen sein. Je mehr du bezahlt hast, desto entschlossener musst du glauben, dass es seinen Preis wert war, und das ist keine Charakterschwäche, sondern eine Rechenoperation, die in dir abläuft, ohne dich zu fragen.

Der zweite Name ist die Systemrechtfertigung, die John Jost und Mahzarin Banaji 1994 beschrieben haben, und sie ist noch unangenehmer. Sie besagt, dass Menschen die Ordnung, die sie benachteiligt, nicht trotzdem verteidigen, sondern gerade deswegen, weil die Vorstellung, das eigene Leben unter einer ungerechten Ordnung verbracht zu haben, schwerer zu ertragen ist als die Ungerechtigkeit selbst. Wer im Alltag das Wort Stockholm-Syndrom benutzt, meint ungefähr diesen Vorgang, nur ist jener Begriff ein journalistisches Schlagwort aus einer einzigen Geiselnahme von 1973 und steht in keinem Diagnosehandbuch, weshalb du ihn dir sparen solltest. Die beiden anderen stehen in jedem Lehrbuch der Sozialpsychologie, und sie erklären dasselbe besser. Deshalb also siehst du das Wasser nicht, in dem du schwimmst. Es ist dir so selbstverständlich wie dem Fisch das Wasser, und der Fisch hat kein Wort für nass, weil er nie trocken war.

Der einzige Weg, das eigene Wasser zu sehen, führt über den Blick in ein anderes Becken. Genau dafür steht in diesem Buch die Plantage. Sie ist nicht deine Lage, sie ist das andere Becken. Du siehst dort von außen und in aller Ruhe eine Mechanik, die dir vertraut vorkommen wird, und in dem Moment, in dem sie dir vertraut vorkommt, hast du zum ersten Mal dein eigenes Wasser gesehen.

Und jetzt merk dir für den Rest dieses Buches den einen Unterschied, um den es geht, nämlich den zwischen der Behauptung, du littest dasselbe, und der Behauptung, man wende dieselbe Mechanik an. Der erste Satz ist falsch, und wer ihn sagt, ist in drei Sätzen erledigt, und danach hört ihm niemand mehr zu. Der zweite Satz ist wahr, und wer ihn sagt, kann nur widerlegt werden, indem jemand die Mechanik selbst bestreitet.

Und die Mechanik steht im Gesetzblatt.

I. Die alte Plantage

Stell dir einen Menschen vor, der in einer Nacht im Herbst 1849 über einen Fluss geht.

Er heißt nicht so, wie er heißen wollte. Er trägt einen Namen, den ein anderer für ihn ausgesucht hat, so wie man einen Namen für ein Pferd aussucht. Er hat siebzehn Jahre lang gearbeitet, und alles, was in diesen siebzehn Jahren aus seinen Händen kam, gehörte jemand anderem, bevor es überhaupt fertig war. Nicht, weil man es ihm weggenommen hätte. Wegnehmen setzt voraus, dass es ihm vorher gehört hat. Es gehörte ihm nie. Der Ertrag seiner Arbeit war von der ersten Sekunde an fremdes Eigentum, weil er selbst fremdes Eigentum war. Das ist der Unterschied zwischen Diebstahl und Besitz, und dieser Unterschied ist der Kern dessen, worüber dieses Buch handelt.

Er geht in dieser Nacht über den Fluss, und mit jedem Schritt wird etwas wahr, das für ihn sein ganzes Leben lang unvorstellbar war: Der Zugriff endet. Nicht die Gefahr, die endet nicht. Man wird ihn suchen. Es wird Steckbriefe geben, es wird Männer mit Hunden geben, und wenn sie ihn finden, wird er zurückgeschleift und dann wird man ihn zurichten, damit die anderen es sehen. Aber der Anspruch selbst, der juristische Anspruch, dass dieser Mensch einem anderen gehört, dieser Anspruch war territorial. Er hatte einen Rand. Hinter dem Rand hörte er auf zu gelten.

Das war der Konstruktionsfehler der alten Sklaverei, und die Sklavenhalter wussten es. Ihr Eigentum hatte Beine. Ihr Eigentum konnte gehen. Und wenn es weit genug ging, dann stand es plötzlich auf einem Boden, auf dem der Eigentumstitel nur noch ein Stück Papier war, ein Papier, über das ein Richter in Boston lachte.

Merke dir diesen Menschen. Merke dir diesen Fluss. Und merke dir vor allem das Gefühl, das er beim letzten Schritt gehabt haben muss, dieses Gefühl, das du nie hattest und das dir vielleicht deshalb nichts sagt: das Gefühl, aus einem Anspruch herauszutreten.

Denn nun kommt der Teil, den man dir in der Schule nicht so erzählt hat, dass du ihn behalten hast.

Im Jahr 1850 verabschiedete der Kongress der Vereinigten Staaten ein Gesetz, das den Konstruktionsfehler behob. Es hieß Fugitive Slave Act, und was es tat, war von einer Klarheit, die einem heute noch die Luft nimmt. Es erklärte den Rand für aufgehoben. Ein Mensch, der es über den Fluss geschafft hatte, war nicht mehr heraus. Die freien Staaten wurden verpflichtet, ihn zurückzugeben. Beamte, die sich weigerten, wurden bestraft. Bürger, die halfen, wurden bestraft. Der Geflohene selbst durfte vor Gericht nicht aussagen, es gab keine Geschworenen, und der Kommissar, der über den Fall entschied, bekam zehn Dollar, wenn er den Menschen dem Eigentümer zusprach, und fünf Dollar, wenn er ihn freiließ. Man hatte sogar die Anreize einprogrammiert.

Verstehst du, was da passiert ist? Der Sklavenhalter hatte begriffen, dass Eigentum an Menschen nur dann ein wirklich gutes Geschäft ist, wenn es nicht an der Grenze aufhört. Also hat er die Grenze abgeschafft. Nicht die Grenze auf der Landkarte, die blieb. Er hat die Grenze des Anspruchs abgeschafft. Von 1850 an gab es in Nordamerika keinen Fluss mehr, hinter dem der Zugriff endete. Es gab nur noch Orte, an denen er langsamer war.

Und dann sieh dir an, was das mit den Menschen machte, die längst über den Fluss waren.

Stell dir einen von ihnen vor. Er lebt seit zwölf Jahren in Ohio. Er hat eine Werkstatt, er hat eine Frau, er hat Kinder, die als freie Menschen geboren wurden und nie eine Plantage gesehen haben. Zwölf Jahre lang ist nichts passiert. Er hat angefangen, das für sein Leben zu halten.

An dem Tag, an dem dieses Gesetz beschlossen wird, ändert sich an seinem Leben nicht das Geringste. Niemand klopft. Die Werkstatt steht noch, das Abendessen steht auf dem Tisch, die Kinder schlafen im Nebenzimmer. Verändert hat sich einzig, dass der Boden unter ihm aufgehört hat, Boden zu sein.

Also packte er. Schätzungen zufolge gingen in den Jahren nach 1850 etwa zwanzigtausend Menschen weiter nach Kanada, viele von ihnen aus Ohio und Massachusetts, viele nach einem Jahrzehnt oder mehr in Sicherheit.

Sie gingen nicht, weil sich ihre Lage verschlechtert hatte. Ihre Lage war unverändert. Sie gingen, weil sich der Anspruch verlängert hatte, der auf ihnen lag.

Halte hier einen Moment inne, und dann lies den letzten Satz noch einmal.

Sie gingen, weil sich der Anspruch verlängert hatte, der auf ihnen lag.

II. Das neue Geschäftsmodell: Vermietung statt Verkauf

Der Fugitive Slave Act ist kein Kuriosum aus dem neunzehnten Jahrhundert, sondern ein Prinzip, und Prinzipien verfallen nicht. Das Prinzip lautet, dass ein System, das Menschen bewirtschaftet, verhindern muss, dass sie durch bloßes Gehen aus der Bewirtschaftung herausfallen.

Die Systeme, die dich heute verwalten, haben dieses Prinzip verstanden, und sie haben es eleganter gelöst, als es dem Kongress von 1850 je gelungen wäre, denn Männer mit Hunden brauchen sie nicht mehr. Was sie stattdessen gefunden haben, ist so raffiniert, dass du es beinahe bewundern wirst, bevor dir aufgeht, dass von dir die Rede ist.

Sie verkaufen dich nicht mehr, sie vermieten dich!

Und du darfst gehen. Das ist keine Ironie, sondern wörtlich gemeint, und darin liegt der ganze Trick. Du darfst dir aussuchen, für wen du arbeitest und in welcher Stadt und in welchem Land und in welcher Sprache, bis hinunter zu der Frage, welchen Kaffee du morgens trinkst. Niemand hält dich fest. Es gibt keine Mauer, keinen Schießbefehl und keinen Grenzsoldaten, der dir in den Rücken schießt, wenn du läufst. Man hat dir für diesen Zustand sogar ein Wort geschenkt, das du täglich benutzt, ohne es je geprüft zu haben, und dieses Wort lautet Freiheit.

Genau darin liegt die Konstruktion, denn die Kette wurde nicht gelöst, sondern verlängert. Wer geht, geht nicht heraus.

Sieh dir an, was tatsächlich passiert, wenn du dich entscheidest, dieses Land zu verlassen, weil du den Druck auf dich und deine Familie nicht länger aushältst. Nicht als Gedankenspiel, sondern als Verwaltungsvorgang, in dem Formulare ausgefüllt, Fristen eingehalten und Bescheide entgegengenommen werden.

In dem Moment, in dem du deinen Wohnsitz aus Deutschland verlegst, fingiert der Staat einen Verkauf, den du nie getätigt hast und von dem du in aller Regel nicht einmal etwas ahnst. Das ist die Wegzugsbesteuerung nach Paragraph 6 des Außensteuergesetzes. Hältst du Anteile an einer Kapitalgesellschaft, dann tut das Finanzamt so, als hättest du sie an dem Tag verkauft, an dem du das Land verlässt, obwohl du sie noch immer besitzt und obwohl dir niemand auch nur einen Cent dafür gezahlt hat. Verändert hat sich nichts als deine Meldeadresse, und trotzdem wird die Steuer fällig, als wäre Geld geflossen. Man besteuert also einen Vorgang, den es nicht gegeben hat, weil man weiß, dass es ihn irgendwann geben wird, und weil man nicht warten will, bis du außer Reichweite bist. Der Zugriff wird vorgezogen, denn man traut ihm nicht mehr, sobald du weg bist.

Denk einen Augenblick darüber nach, was für ein Eingeständnis darin liegt. Der Staat greift dir beim Gehen ins Vermögen, weil er ahnt, dass er dich nach dem Gehen nicht mehr erreicht. Es ist die Zollstation an der Plantagengrenze, und sie steht genau dort, weil man weiß, dass dahinter der Anspruch dünner wird. Man nimmt dem Menschen das Werkzeug ab, das er sich in Jahren erarbeitet hat, nicht weil man es braucht, sondern weil er sich damit eines Tages jenseits der Grenze etwas aufbauen könnte, das nicht mehr abgeschöpft werden kann.

Dünner wird der Anspruch allerdings nur, enden tut er nicht. Dafür sorgt Paragraph 2 desselben Gesetzes, die erweiterte beschränkte Steuerpflicht, und dieser Paragraph ist der Fugitive Slave Act des deutschen Steuerrechts. Er besagt, dass Deutschland auf bestimmte deiner Einkünfte noch zehn Jahre lang zugreifen kann, nachdem du gegangen bist, sofern du in ein Land gezogen bist, das niedriger besteuert, und sofern du noch wesentliche wirtschaftliche Interessen im Inland hast.

Zehn Jahre lang, und sieh dir an, wofür.

Du wohnst nicht mehr hier. Du fährst nicht mehr über die Straßen, deren Brücken gesperrt werden, weil niemand sie saniert hat. Deine Kinder sitzen nicht mehr in den Schulen, die man über Jahrzehnte heruntergewirtschaftet hat. Du wartest nicht mehr Monate auf einen Facharzttermin, bei dem sich die Frage stellt, ob du ihn überhaupt erlebst. Du bist ein anderer geworden, an einem anderen Ort, unter anderen Gesetzen. Denkst jedenfalls du. Und trotzdem liegt die Hand noch auf deiner Schulter, ein Jahrzehnt lang, und die Steuerberater dieses Landes berichten übereinstimmend, dass nicht die Wegzugsbesteuerung der häufigste Stolperstein ist, sondern genau dieser Paragraph, von dessen Existenz die meisten Menschen nicht einmal wissen.

Und nun kommt der Teil, bei dem du dich setzen solltest, denn hier hört die Analogie auf, eine Analogie zu sein.

Der Fugitive Slave Act war nicht deshalb so wirksam, weil er den Anspruch verlängert hat. Er war deshalb so wirksam, weil er die freien Staaten gezwungen hat, ihn zu vollstrecken. Der Eigentümer in Georgia musste nicht selbst nach Boston reisen. Boston musste liefern.

Genau das gibt es heute, es steht im Amtsblatt der Europäischen Union, und es ist seit dem ersten Januar 2012 in Kraft. Die Richtlinie 2010/24/EU vom sechzehnten März 2010 regelt die Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf Steuern und Abgaben, und in Deutschland ist sie durch das EU-Beitreibungsgesetz vom siebten Dezember 2011 umgesetzt.

Was sie tut, solltest du dir Satz für Satz ansehen.

Sie schafft einen einheitlichen Vollstreckungstitel, der ohne besonderes Anerkennungsverfahren in jedem anderen Mitgliedstaat gilt. Die dortige Behörde behandelt die deutsche Forderung, als wäre es ihre eigene, und wendet auf sie ihre eigenen Vollstreckungsverfahren an. Dass die gesuchten Auskünfte bei einer Bank liegen, ist ausdrücklich kein Grund, die Amtshilfe zu verweigern. Die frühere Beschränkung auf bestimmte Steuerarten wurde aufgehoben, sodass die Amtshilfe heute für sämtliche Steuern und Abgaben ersucht werden kann. Und wenn du die Forderung bestreitest, dann teilt dir die Behörde deines neuen Landes mit, dass du deinen Rechtsbehelf gefälligst in Deutschland einzulegen hast, nach deutschem Recht, vor deutschen Stellen, während die Vollstreckung nebenan weiterläuft, denn die ersuchende Behörde darf auch eine bestrittene Forderung beitreiben lassen.

Lies das noch einmal und leg es neben das Gesetz von 1850.

Damals: Der Staat, in dem der Geflohene lebte, musste ihn ausliefern. Er selbst durfte vor Ort nicht aussagen. Entschieden wurde nach dem Recht dessen, der ihn beanspruchte. Heute: Der Staat, in dem du lebst, muss vollstrecken. Angehört wirst du dort nicht. Entschieden wird nach dem Recht dessen, der dich als Eigentum beansprucht.

Es ist nicht ähnlich. Es ist dieselbe Maschine, gebaut aus anderem Material.

Und wenn du jetzt denkst, das könne man ja umgehen, indem man weit genug weggeht, dann sieh dir Artikel 27 des OECD-Musterabkommens an, in dem eine Beitreibungsklausel steht, und dann sieh nach, in wie vielen Doppelbesteuerungsabkommen sie inzwischen enthalten ist. Der Fluss wird jedes Jahr breiter, und die andere Seite wird jedes Jahr kleiner.

Enger wird es außerdem im Verfahren selbst. Seit 2026 gibt es ein verpflichtendes elektronisches Meldeverfahren, die Mitteilung nach Paragraph 6 des Außensteuergesetzes, mit eigenem Formular und eigenem Fachverfahren, und wer seinen Wegzug nicht ordnungsgemäß meldet, riskiert Bußgelder und die sofortige Festsetzung der Steuer. Über Paragraph 19 des Investmentsteuergesetzes wurde der Kreis der Betroffenen auf Fondsanteile ausgeweitet, was bedeutet, dass es längst nicht mehr um Unternehmer geht, sondern um Menschen, die nichts weiter getan haben, als zu sparen.

In Österreich, das dir zeigt, wohin die Reise geht, hat der Nationalrat im Juni 2026 beschlossen, dass du dich künftig jedes Jahr bei der Behörde zu melden und unter Angabe deiner aktuellen Anschrift nachzuweisen hast, dass du deine Anteile noch immer nicht verkauft hast. Vergisst du diese Meldung ein einziges Mal, dann gilt das als Verkauf, und die gesamte gestundete Steuer wird fällig, obwohl du nichts weiter getan hast, als einen Brief zu vergessen. Eine Heilung ist nicht vorgesehen.

Halte hier kurz an und frag dich, was ein solcher Mechanismus mit einem Menschen macht.

Er hat nichts getan. Er wird nichts tun. Er wird trotzdem jedes Jahr, bis er stirbt, an einem bestimmten Datum an eine Behörde denken müssen, die zwölfhundert Kilometer entfernt in einem Land sitzt, das er verlassen hat, und er wird wissen, dass ein Versäumnis genügt. Das ist keine Steuer mehr. Das ist eine Leine mit einer Erinnerungsfunktion. Man muss an ihr nicht ziehen, es reicht vollkommen, dass sie da ist und dass er sie einmal im Jahr spürt. Was das über Jahrzehnte aus einem Menschen macht, wäre der Stoff für ein eigenes Buch.

Übersetz dir den österreichischen Vorgang jetzt in die Sprache, in der er gedacht wurde, bevor man ihn in Juristendeutsch gekleidet hat. Du hast dich jährlich zu melden. Du hast deine aktuelle Anschrift anzugeben. Du hast nachzuweisen, dass das Vermögen, an dem wir beteiligt sind, noch vorhanden ist. Versäumst du die Meldung, wird vollstreckt.

Das ist eine Meldeauflage. Man nennt es Nachweispflicht, aber es ist eine Meldeauflage, und Meldeauflagen kennst du aus einem anderen Zusammenhang, denn sie werden Menschen erteilt, die zu einer Strafe verurteilt wurden, deren Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt ist. Der Unterschied ist, dass jene Menschen etwas getan haben und dass ihre Auflage endet.

Der Warenbestand hat also die Plantage gewechselt, es hat eine Bestandskorrektur gegeben, und der Mensch wurde am neuen Ort neu verbucht, unter einer anderen Verwaltung, in einer anderen Sprache, mit einer anderen Steuernummer. Der alte Eigentümer kassiert weiter und lässt sich das jährlich schriftlich bestätigen.

Es gibt eine Analogie, die diese Konstruktion genauer trifft als jede andere, und sie ist gerade deshalb so unangenehm, weil sie nicht aus der Geschichte stammt, sondern aus dem Gewerberegister.

Stell dir eine Zeitarbeitsfirma vor, die ihre Belegschaft unter Waffengewalt rekrutiert hat. Nicht metaphorisch, sondern buchstäblich: Man hat die Leute geholt, sie hatten keine Wahl, sie stehen unter Vertrag, und dieser Vertrag ist nicht kündbar. Nun ist diese Firma aber modern geführt, und ihre Leitung hat begriffen, dass Menschen mehr leisten, wenn sie sich nicht gefangen fühlen. Also überlässt man ihnen die Wahl des Einsatzortes und sagt ihnen, sie sollten dorthin gehen, wo es ihnen gefällt, und sich aussuchen, was ihnen liegt, denn man wolle sie glücklich sehen. Bei jeder Auszahlung behält die Firma ihren Anteil.

Die Wahlfreiheit ist dabei vollkommen echt, und zwar genau in dem Sinn, in dem auch deine Wahlfreiheit an der Urne echt ist, wo du zwischen Parteien wählen darfst, die dir alle versichern, dein Leben zu verbessern, und von denen keine je das Verhältnis angetastet hat, in dem du zu ihnen allen stehst. Du wählst den Aufseher. Über die Plantage stimmt niemand ab.

An diesem Punkt steigen die meisten Menschen aus und sagen, dann sei es eben doch keine Sklaverei, du könnest ja gehen. Aber die Wahlfreiheit war auch beim Vermieten von Sklaven echt, und das Vermieten von Sklaven habe ich mir nicht ausgedacht, es war im Süden der Vereinigten Staaten ein verbreitetes und einträgliches Geschäft.

Man vermietete den Menschen an eine andere Plantage oder an eine Werft oder an ein Bergwerk, und in den Städten gab es Sklaven, die sich ihre Arbeit selbst suchen durften und einen Teil dessen behalten durften, was sie verdienten. Manche von ihnen lebten allein, kauften ihr Essen selbst und gingen abends spazieren, und einmal im Monat brachten sie dem Eigentümer seinen Anteil. Man nannte das hiring out. Historiker haben sich lange gefragt, warum dieses System so stabil war, obwohl diese Menschen doch jeden Tag die Gelegenheit zur Flucht hatten.

Die Antwort ist unbequem. Das System war stabil, weil die Freiheit, die man ihnen ließ, das Verhältnis nicht antastete. Sie war die Verpackung. Der Eigentumstitel lag in einer Schublade, er lag dort still, und solange der Anteil kam, holte ihn niemand heraus.

Mehr Demütigung ist kaum zu konstruieren, denn man darf fliehen und muss dem, vor dem man flieht, weiter zahlen.

Und hier kommt der Punkt, an dem der Apparat sich selbst verrät. Deutschland hat mit rund hundert Staaten Abkommen geschlossen, deren erklärter Zweck es ist, Doppelbesteuerung zu verhindern, weil man einsieht, dass niemand für dieselbe Sache zweimal zahlen soll. Und dann hat derselbe Gesetzgeber Paragraph 2 des Außensteuergesetzes geschrieben, der ausgerechnet für den Fall greift, dass ein Mensch dorthin zieht, wo weniger genommen wird. Wer sein Leben in ein Land verlegt, das niedriger besteuert, wird von zwei Seiten gefasst. Hundert Abkommen gegen die Doppelbesteuerung, und eine Vorschrift, die sie für genau die Menschen herstellt, die zu billig davonkommen könnten. Die Ausnahme verrät die Absicht.

Und wenn du nun denkst, wenigstens dein Konto sei sicher, dann brauchst du keine Zukunftsvision und keine Agenda. Es genügt Paragraph 93b der Abgabenordnung. Das Kontenabrufverfahren existiert seit 2005, und es erlaubt den Behörden, die Stammdaten deiner Konten abzufragen, ohne dich vorher zu fragen. Gepfändet wird danach bei der Bank, nicht bei dir. Es gibt keinen Moment, in dem dir jemand gegenübersteht. Es gibt nur einen Moment, in dem das Geld weg ist.

Und wenn dir all das immer noch wie ein Bild vorkommt, dann rechne es einmal durch. Im Jahr 2025 haben 288.579 Deutsche dieses Land verlassen, der höchste Wert seit Beginn der aktuellen Zeitreihe. Das ist eine mittlere Großstadt, die in einem einzigen Jahr aufgestanden und gegangen ist. Und der Staat hat auf diese Bewegung nicht mit der Frage reagiert, warum eigentlich, sondern mit einem neuen elektronischen Meldeverfahren.

Das ist keine Metapher, sondern die Konstruktion des demokratischen Missbrauchsystems, in dem du lebst. Dass du sie nicht siehst, liegt nicht an mangelndem Verstand, sondern daran, dass du in ihr geboren und in ihr großgezogen wurdest, dass man dir in der Schule beigebracht hat, sie zu bejubeln, und dass man dir das Wort gegeben hat, mit dem du sie beschreibst.

Dieses Wort lautet Ordnung!

III. Der Zahlungsverkehr ist der Zaun

Ein Anspruch, der über Grenzen hinweg gelten soll, braucht ein Instrument, das über Grenzen hinweg reicht. Der Fugitive Slave Act brauchte Kommissare und Steckbriefe. Das war teuer, es war langsam, und es funktionierte schlecht, weil die Menschen in Ohio nicht mitmachen wollten.

Das Instrument, das heute gebaut wird, hat dieses Problem nicht, weil es niemanden braucht, der mitmacht. Es braucht nur, dass du bezahlst.

Denk darüber nach, was Bargeld eigentlich ist. Nicht was es kann, sondern was es ist. Ein Geldschein ist ein Stück Freiheit, das nicht weiß, wer du bist. Es hat kein Gedächtnis. Es stellt keine Fragen. Es funktioniert bei einem Milliardär genauso wie bei einem Obdachlosen, es funktioniert bei einem Regierungsanhänger genauso wie bei seinem schärfsten Kritiker, und es funktioniert, wenn der Strom ausfällt.

Bargeld ist das letzte Stück Anonymität, das dir im Alltag geblieben ist, und es ist deshalb so wertvoll, weil es dumm ist. Seine Dummheit ist seine Tugend. Und jetzt frag dich, warum ein Instrument, das so unspektakulär ist, seit zwanzig Jahren mit einer solchen Beharrlichkeit zurückgedrängt wird.

Frag dich, warum du dich rechtfertigen musst, wenn du zehntausend Euro über eine Grenze trägst. Es ist dein Geld. Du hast dafür gearbeitet. Es ist bereits versteuert worden, vollständig, jeder Cent, und der Nachweis darüber liegt in deinem Aktenordner. Und trotzdem stehst du da und erklärst einem Beamten, was du damit vorhast, und der Beamte entscheidet, ob ihm deine Erklärung gefällt. Du hast nichts getan. Du hast nur dein eigenes, bereits besteuertes Geld in der Tasche, und allein die Tatsache, dass es sich in einer Form befindet, die niemand mitlesen kann, macht dich erklärungspflichtig.

Setz dich einen Moment mit diesem Gefühl hin, statt es wegzuschieben. Das Gefühl hat einen Namen. Es ist das Gefühl, Rechenschaft schuldig zu sein für etwas, das dir gehört. Und Rechenschaft für sein Eigentum schuldet man nur einem, der einen besseren Anspruch darauf hat als man selbst.

Nun kommt der digitale Euro, und hier musst du sehr genau hinsehen, weil an dieser Stelle mit dir gespielt wird.

Man wird dir sagen, der digitale Euro sei nicht programmierbar. Das wird dir gesagt werden, immer wieder, von der Europäischen Zentralbank, von der Kommission, von Verbraucherschützern, und alle werden auf denselben Satz zeigen, und der Satz steht tatsächlich im Verordnungsentwurf, in Artikel 24, Absatz 2, und er lautet in seiner ganzen beruhigenden Kürze, dass der digitale Euro nicht programmierbar sein wird.

Und dann liest du Absatz 1. Der steht direkt darüber, und er handelt davon, dass die Europäische Zentralbank bedingte Zahlungen ermöglichen soll. Und dann liest du Erwägungsgrund 55 desselben Entwurfs, und dort steht ausdrücklich, dass der digitale Euro die Programmierung von Zahlungen durch Zahlungsdienstleister unterstützen soll.

Ein nicht programmierbares Geld, mit dem programmierbare Zahlungen ausgeführt werden sollen.

Das ist kein Widerspruch, das ist ein Taschenspielertrick, und er ist so gut, dass man ihn bewundern muss. Man definiert "programmierbares Geld" absichtlich eng: als Geld, dessen Regeln am Geld selbst kleben, unabhängig davon, wer es gerade besitzt. So ein Geld wäre ein Euro, mit dem niemand Alkohol kaufen kann, egal wer er ist. Und dann verbietet man feierlich genau das, was niemand vorhat, und lässt genau das zu, worum es geht: Regeln, die nicht am Geld kleben, sondern an dir.

Denn warum sollte man Regeln ins Geld einbauen, wenn man den Besitzer ohnehin kennt? Die Programmierung, die interessant ist, ist die, die sich auf dich bezieht. Nicht auf den Euro. Auf dich!

Und wenn dann jemand vor dem programmierbaren Euro warnt, kann man ihm den Satz aus Absatz 2 vorhalten und ihn als Spinner vorführen, der die Verordnung nicht gelesen hat. Der Zuschauer, der die Details nicht kennt, hält den Warner für einen Schwurbler oder Querulanten und hört nicht mehr hin. Damit hat man den Kritiker mit seinem eigenen Argument erschlagen, und die Funktion bleibt trotzdem im Gesetz.

Der Zeitplan steht. Am 23. Juni 2026 hat der Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments seine Verhandlungsposition mit 43 zu 14 Stimmen beschlossen. Der Trilog läuft, der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens wird für Ende 2026 erwartet, eine Pilotphase ist für die zweite Hälfte 2027 vorgesehen, die erste Ausgabe frühestens 2029. Es ist nichts davon geheim. Es steht auf den Webseiten der Zentralbanken, und du kannst es heute Abend nachlesen. Das ist das Merkwürdige an dieser Zeit: Es wird nichts vor dir versteckt. Man geht bloß davon aus, dass du nicht nachschaust.

Und vergiss über dem digitalen Euro nicht, dass die Infrastruktur, um die es geht, längst gebaut wird, an vielen Stellen gleichzeitig, von der digitalen Brieftasche (EUDI) der Europäischen Union bis zu den Analyseplattformen, mit denen Polizeibehörden Datenbestände zusammenführen, die vorher getrennt waren. Das Bundesverfassungsgericht hat solcher Software in Hessen und Hamburg im Februar 2023 Grenzen gesetzt, weil die Eingriffsschwellen zu niedrig waren. Nimm das ernst, und zwar in beide Richtungen. Es zeigt, dass die Gerichte noch bremsen. Es zeigt aber auch, dass gebaut wurde, ohne zu fragen, und dass man erst aufhörte, als jemand klagte. Der Reflex war nicht Zurückhaltung. Der Reflex war Zugriff.

Man baut keinen Zaun um eine Plantage, aus der niemand fliehen will.

IV. Die Applaudierenden

Und jetzt kommt der Teil, der wehtut, und er tut nicht deshalb weh, weil er von der Herrschaft handelt, sondern weil er von deinen Nachbarn handelt.

Es gibt Menschen, die das feiern. Du kennst sie, du hast mit ihnen zu Mittag gegessen. Wenn jemand geht, sagen sie, recht so, soll er doch. Sie sagen Steuerflüchtling, und sie sagen es mit einer Verachtung, die sie sich sonst für Kriminelle aufsparen. Wer die Vorteile genieße, müsse eben auch zahlen, sagen sie, und dann sagen sie das Wort, auf das es ihnen ankommt, nämlich "Verrat".

Frag sie einmal ganz ruhig, wovor der Mensch eigentlich geflohen ist.

Vor den guten Straßen? Vor den Brücken, die gesperrt werden, weil man sie über Jahrzehnte nicht angefasst hat? Vor einem Gesundheitswesen, in dem du fünf Monate auf einen Facharzttermin wartest und in dem die Pflegekraft, die deine Mutter wäscht, weniger verdient, als es kostet, in der Stadt zu wohnen, in der ihre Patientin liegt? Vor einer Rente, von der jeder unter vierzig weiß, dass sie für ihn nicht mehr da sein wird, in die er aber trotzdem einzahlen muss, weil man ihn sonst pfändet? Oder vor einem Land, in dem ein durchschnittlicher Mensch in einer durchschnittlichen Stadt keinen Quadratmeter Erde mehr besitzen kann, auf dem er stehen und sagen dürfte, hier bestimme ich?

Und jetzt sieh dir an, wer diese Menschen eigentlich sind, denn darüber muss man nicht spekulieren. Es gibt eine Panelstudie, die German Emigration and Remigration Panel Study, durchgeführt vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung gemeinsam mit der Universität Duisburg-Essen und finanziert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, und sie hat über zehntausend deutsche Auswanderer befragt.

Drei Viertel von ihnen haben einen Hochschulabschluss. In der Gesamtbevölkerung ist es ein Viertel. Und ihr Einkommen steigt durch den Wegzug im Schnitt um rund zwölfhundert Euro netto im Monat.

Bleib bei dieser Zahl stehen, denn sie beendet die Debatte.

Diese Menschen sind nicht in Panik davongelaufen. Es sind die Nüchternsten, die dieses Land hat. Es sind diejenigen, die am besten rechnen können, sie haben gerechnet, und das Ergebnis war zwölfhundert Euro im Monat. Sie haben nicht geschrien und nicht demonstriert und keine Partei gegründet. Sie haben die Rechnung gelesen, die man ihnen jedes Jahr stellt, sie haben sie mit dem verglichen, was andere Länder verlangen, und dann haben sie das getan, was ein vernünftiger Mensch tut, wenn ihm ein Vertrag vorgelegt wird, den er nicht unterschreiben will. Sie sind gegangen.

Das ist kein Verrat. Das ist ein Messwert, und zwar der ehrlichste, den dieses Land über sich selbst besitzt, weil ihn niemand für eine Umfrage geschönt hat. Menschen stimmen hier nicht mit dem Mund ab, sondern mit ihrem Leben. Und nun kommt der Teil, der die Applaudierenden endgültig entwaffnet, wenn du ihn richtig setzt.

Dieselbe Studie zeigt nämlich, dass rund zwei Drittel der Ausgewanderten zurückkehren wollen, und die Zahlen der letzten dreißig Jahre geben ihnen recht: Von rund 3,3 Millionen Deutschen, die in dieser Zeit gegangen sind, sind etwa 2,5 Millionen wiedergekommen.

Das sind also keine Menschen, die dieses Land hassen. Es sind Menschen, die es lieben. Sie kommen zurück, freiwillig, obwohl sie draußen mehr verdienen. Es wären Menschen, die gern geblieben wären, wenn man sie hätte bleiben lassen, ohne sie bis auf die Knochen abzuschöpfen, und die nur deshalb gehen, weil sie eines Tages ausgerechnet haben, was von einem ganzen Arbeitsleben am Ende übrig bleibt, wenn man alt ist und nicht mehr kann.

Und trotzdem, und das ist der Satz, um den es geht, hat Deutschland in jedem einzelnen Jahr seit mindestens 2005 mehr Menschen verloren, als zurückgekommen sind. Im Jahr 2025 waren es unter deutschen Staatsangehörigen 96.689 mehr Fortzüge als Zuzüge.

Die Rückkehrer beweisen die Liebe. Der Saldo beweist die Rechnung. Beides gleichzeitig, jedes Jahr, seit zwanzig Jahren.

Und trotzdem stehen die anderen da und legen ihnen Steine in den Weg.

Es hat auf den Plantagen des Südens Sklaven gegeben, die andere Sklaven verraten haben. Das ist historisch dokumentiert, und es ist einer der schwersten Teile dieser Geschichte, weil er die einfache Erzählung zerstört. Es gab Menschen, die wussten, dass in der übernächsten Hütte jemand für die Flucht packte, und die zum Haus gingen und es dem Master sagten. Manche taten es aus Angst, manche für eine Zuwendung, und manche, und das sind die verstörendsten, taten es aus Überzeugung, weil sie die Flucht für Diebstahl hielten. Der Master hatte für diesen Menschen bezahlt, der Mensch gehörte ihm, und wer wegläuft, bestiehlt seinen Eigentümer. Diese Sklaven hatten die Logik des Herrn so vollständig übernommen, dass sie sein Eigentumsrecht an sich selbst gegen ihresgleichen verteidigten und es Loyalität nannten.

Wenn du wissen willst, wie tief das geht, dann sieh dir nicht die Sklaven an, sondern die Patrouillen.

Die Reiter, die nachts die Wege abritten und jeden Schwarzen nach seinem Passierschein fragten, waren zu einem großen Teil arme Weiße, die selbst keinen einzigen Menschen besaßen. Sie hatten kein Land, sie hatten keine Ernte, sie hatten von diesem System nichts. Wäre die Sklaverei am nächsten Morgen abgeschafft worden, sie hätten keinen Cent verloren, und viele von ihnen wären wirtschaftlich sogar bessergestellt gewesen, weil sie nicht länger gegen unbezahlte Arbeit hätten konkurrieren müssen. Sie ritten trotzdem. Sie ritten mit einer Härte, die die Eigentümer selbst manchmal übertraf.

Das ist der Befund, den du dir merken sollst, und er ist psychologisch sauber belegt, du hast die Namen dafür in der Vorbemerkung gelesen. Die Ordnung wird nicht von denen am erbittertsten verteidigt, die von ihr profitieren. Sie wird von denen verteidigt, die nichts von ihr haben außer der Gewissheit, dass sie richtig ist. Wer nichts bekommt und trotzdem bezahlt, kann sich unmöglich eingestehen, dass er umsonst bezahlt hat. Also muss die Ordnung gerecht sein. Sie muss es umso dringender sein, je weniger man von ihr hat.

Deshalb ist es kaum je der Reiche, der dir erklärt, warum Steuern gerecht sind. Es ist der Mensch, dem am Monatsende nichts bleibt.

Er verteidigt nicht seinen Vorteil. Er verteidigt sein Leben, denn wenn die Ordnung ungerecht ist, dann waren dreißig Jahre seines Lebens ein Missbrauch, und das kann kein Mensch denken, ohne daran zu zerbrechen. Er zeigt den Flüchtenden nicht aus Bosheit an. Er zeigt ihn an, weil der Flüchtende seine Rechnung in Frage stellt.

Und jetzt hör dir noch einmal an, was gesagt wird, wenn heute jemand geht. Man sagt, er entziehe sich. Man sagt, er nehme etwas mit, das ihm nicht zustehe. Man sagt Steuerflucht, und in diesem Wort steckt Flucht, und Flucht setzt voraus, dass jemand ein Recht hatte, dich zu halten.

Das ist das eigentliche Krankheitsbild dieses Landes, und es ist nicht die Herrschaft. Die Herrschaft ist bloß konsequent, sie tut, was Herrschaft immer getan hat, und man kann ihr daraus so wenig einen Vorwurf machen wie dem Wolf, dass er Zähne hat. Das Krankheitsbild ist der Untertan, der die Kette poliert, weil er sie für Schmuck hält. Es ist der Mensch, der von dem Zugriff, unter dem er lebt, nichts hat, und der ihn trotzdem verteidigt, weil er sich nicht vorstellen kann, dass es anders ginge, und weil jeder, der geht, seine ganze Lebensrechnung in Frage stellt.

Denn das ist es, was ihn wirklich wütend macht. Nicht das Geld. Die Frage.

Wer geht, stellt eine Frage, ohne sie auszusprechen: Warum bist du noch da?

V. Es ist erst der Anfang

Nichts von dem, was du bis hierher gelesen hast, ist ein Betriebsunfall, also weder ein Versehen noch eine Panne noch ein Gesetz, das in der Eile schlecht formuliert wurde. Es ist eine Ausbaustufe, und Ausbaustufen folgen aufeinander.

Sieh dir deshalb nicht die einzelnen Schritte an, sondern die Richtung, in die sie führen. Der einzelne Schritt ist nämlich immer harmlos, und darin besteht seine Funktion. Ein Meldeverfahren tut niemandem weh. Eine Nachweispflicht ist eine Formalie. Eine Analyseplattform führt bloß Daten zusammen, die man ohnehin schon hat, weshalb sich fragen lässt, was daran neu sein soll. Ein digitales Bezahlsystem, das freiwillig ist, kann niemanden zwingen, denn es ist ja freiwillig. Und eine Brieftasche, die dir den Gang zum Amt erspart, ist ein Geschenk. Jeder einzelne Stein in dieser Mauer ist ein harmloser Stein, und wer dir vorrechnet, dass er harmlos ist, sagt die Wahrheit.

Frag also nicht den Stein. Frag die Mauer.

Und frag vor allem, was ein System tut, wenn die Menschen irgendwann nicht mehr mitmachen, denn daran erkennst du es. Nicht daran, was es verspricht. Daran, was es aufstockt, wenn der Widerstand wächst.

Du musst dafür nicht spekulieren, denn du kannst zusehen. Es hat gerade stattgefunden, in einem deutschen Landtag, mit Datum und Abstimmungsergebnis, und es ist ein Lehrstück, wie man es sich nicht besser ausdenken könnte.

Der Sächsische Verfassungsgerichtshof hatte Teile des sächsischen Polizeigesetzes für verfassungswidrig erklärt und dem Landtag eine Frist bis zum 30. Juni 2026 gesetzt, um die beanstandeten Befugnisse verfassungsgemäß neu zu regeln. Ein Gericht hatte also gesagt, dass der Staat zu weit gegangen war, und ihm aufgetragen, zurückzurudern.

Am 24. Juni 2026 beschloss der Landtag mit sechzig zu dreiundfünfzig Stimmen bei einer Enthaltung ein neues Polizeigesetz. Verkündet wurde es am 30. Juni, in Kraft trat es am 1. Juli.

Und nun sieh dir an, was in diesem Gesetz steht, das ein Gericht erzwungen hatte, weil das alte zu weit ging.

Die sächsische Polizei darf künftig eine Plattform zur automatisierten Datenanalyse betreiben. Sie darf Gesichter in Echtzeit erkennen. Sie darf biometrische Daten, also Gesichter und Stimmen, mit öffentlich zugänglichen Daten aus dem Internet abgleichen. Sie darf an sogenannten Kriminalitätsschwerpunkten intelligente Videoüberwachung einsetzen, die Bewegungsmuster erkennt. Sie darf verschlüsselte Messenger per Staatstrojaner mitlesen. Sie darf Kennzeichen automatisiert erfassen, und zwar auch verdeckt.

Das Gericht hatte eine Reparatur verlangt. Herausgekommen ist ein Gesetz, das weiter reicht als jenes, das für verfassungswidrig erklärt wurde.

Und jetzt kommt der Teil, den du dir merken sollst, weil er zeigt, wie so etwas funktioniert. Die Frist des Gerichts war der Hebel. Ohne rechtzeitigen Beschluss wären der Polizei Befugnisse ersatzlos weggefallen, und dieser Zeitdruck lag auf dem Parlament, nicht auf der Regierung. Die Opposition hat der Staatsregierung vorgeworfen, den Entwurf absichtlich spät vorgelegt zu haben. Und eine erneute Normenkontrollklage gegen das neue Gesetz ist praktisch ausgeschlossen, weil sie dreißig Stimmen im Landtag erfordert und diejenigen Fraktionen, die klagen wollten, zusammen dreizehn haben.

Lies das noch einmal. Ein Gericht bremst. Die Bremsung wird zum Anlass. Der Anlass wird zur Erweiterung. Und der Weg zurück zum Gericht ist arithmetisch versperrt.

Das ist keine Verschwörung, dazu braucht es niemanden, der sich abends im Hinterzimmer trifft. Es ist bloß die Richtung, in die ein Apparat fällt, wenn man ihn loslässt, so wie Wasser bergab fließt, ohne dass es das beschlossen hätte.

Man hat dabei sogar ein Zugeständnis gemacht, und du solltest genau hinsehen, welches.

Auf die Software des amerikanischen Unternehmens Palantir soll verzichtet werden, das war der Preis für die Stimmen, die zur Mehrheit fehlten. Das Gesetz erlaubt allerdings die automatisierte Datenanalyse als solche, und andere Anbieter dürfen dasselbe tun. Bayern wiederum hat mit Palantir einen Rahmenvertrag geschlossen, dem andere Länder und der Bund ohne erneutes Vergabeverfahren beitreten können, und in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg läuft die Software bereits. Der Verzicht betrifft also den Namen auf der Rechnung, nicht die Maschine.

Auf der Ebene des Bundes läuft dasselbe. Das Bundeskabinett hat Ende April 2026 ein Sicherheitspaket beschlossen, das das Bundeskriminalamt und die Bundespolizei zur automatisierten Datenanalyse und zum biometrischen Abgleich mit Internetdaten ermächtigt, und der geplante Paragraph 98e der Strafprozessordnung soll erlauben, vorhandene polizeiliche Datenbanken zu vernetzen und automatisiert nach Zusammenhängen zu durchsuchen.

Die Bundesrechtsanwaltskammer, die niemand für eine Aktivistengruppe halten wird, hat dazu angemerkt, dass sich damit weitreichende Bewegungs- und Persönlichkeitsprofile erstellen ließen. Sachverständige im sächsischen Innenausschuss hatten vorgetragen, die biometrische Gesichter- und Stimmensuche verstoße gegen die Verordnung der Europäischen Union über künstliche Intelligenz. Ein Staatsrechtler der Universität Leipzig hat im Verfassungsblog geschrieben, die geplanten Befugnisse markierten eine historische Transformation polizeilicher Gefahrenaufklärung, deren Ausmaß mit verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht vereinbar sei.

Beschlossen wurde es trotzdem, und zwar in dem Wissen, dass es beanstandet werden wird, und mit der Gelassenheit dessen, der weiß, dass eine Beanstandung Jahre dauert und dass die Maschine in diesen Jahren läuft.

Denk einen Augenblick darüber nach, was das über die Rolle der Gerichte sagt.

Sie kommen hinterher. Sie kommen, wenn die Software längst läuft, die Daten fließen und das Personal geschult ist, und dann sprechen sie ein Urteil, und dieses Urteil enthält eine Frist, und die Frist wird zum Hebel für die nächste Erweiterung. Man kann in diesem Land vor Gericht gewinnen und die Sache trotzdem verlieren, weil die Zeit auf der anderen Seite steht. Der Kläger bekommt recht, und der Apparat bekommt ein neues Gesetz.

Und jetzt wirst du fragen, wozu es dann Parlamente gibt, denn die könnten ja nein sagen.

Sie haben nein gesagt. Zweimal. Sieh dir an, was danach geschah.

Es gibt in der Europäischen Union eine Verordnung mit der Nummer 2021/1232, die man Chatkontrolle nennt. Sie erlaubt Anbietern wie Meta, Google und Microsoft, unverschlüsselte Nachrichten, Mails und Dateien in Cloud-Speichern anlasslos und automatisiert nach bekanntem Missbrauchsmaterial zu durchsuchen. Sie war befristet, weil man sie 2021 nur als Brücke gedacht hatte, bis eine dauerhafte Regelung steht.

Am 26. März 2026 lehnte das Europäische Parlament die Verlängerung dieser Regelung ab, mit 311 zu 228 Stimmen. Das ist keine knappe Sache, das ist ein deutliches Nein. Am 3. April lief die Regelung aus, und damit hätte die Geschichte zu Ende sein können.

Am 2. Juli 2026 beschloss der Rat der Europäischen Union, die ursprüngliche Position der Kommission zu seiner eigenen zu machen. Damit löste er die zweite Lesung aus, und an dieser Stelle solltest du sehr genau hinsehen, denn hier liegt der ganze Vorgang.

In der zweiten Lesung kann das Parlament die Position des Rates nur noch mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder ablehnen. Nicht mit einer Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sondern mit einer Mehrheit aller Sitze, und das waren dreihunderteinundsechzig. Die Schwelle hängt also nicht daran, wie die Anwesenden abstimmen, sondern an der Gesamtzahl der Stühle im Saal.

Und daraus folgt der Satz, den du dir merken sollst: Wer nicht da ist, stimmt zu. Wer sich enthält, stimmt zu. Wer krank ist, stimmt zu. Wer im Stau steht, stimmt zu. Nichtstun ist in diesem Verfahren keine Enthaltung, sondern eine Ja-Stimme, die niemand abgegeben hat.

Am 7. Juli setzte das Parlament mit 331 zu 304 Stimmen ein Dringlichkeitsverfahren durch, sodass die Abstimmung noch vor der Sommerpause stattfand, auf den letzten Sitzungstag gelegt. Zwei Abgeordnete hatten der Parlamentspräsidentin vorher schriftlich mitgeteilt, dass die Geschäftsordnung für die zweite Lesung überhaupt kein Dringlichkeitsverfahren vorsieht.

Es fand trotzdem statt.

Am 9. Juli wurde abgestimmt, und die Zahl der Neinstimmen blieb unter dreihunderteinundsechzig. Damit galt die Position des Rates als angenommen. Die Chatkontrolle gilt nun bis April 2028, also zwei volle Jahre.

Nach Darstellung mehrerer Berichte war die Mehrheit der abgegebenen Stimmen an diesem Tag gegen die Verlängerung.

Lies diesen letzten Satz noch einmal und lass ihn liegen, wo er hingefallen ist.

Ein Parlament hat ein Vorhaben zweimal abgelehnt. Beim dritten Mal stimmte die Mehrheit der Anwesenden erneut dagegen. Es gilt trotzdem, weil die leeren Stühle mitgezählt wurden und in diesem Verfahren als Zustimmung wirken. Man musste dafür keine einzige Regel brechen. Man musste nur das Verfahren wechseln, unter dem gezählt wird.

Und damit du weißt, dass hier nicht bloß Bürgerrechtler meckern: Der Juristische Dienst des Rates selbst hatte Bedenken angemeldet, ob anlassloses Scannen mit der Grundrechtecharta vereinbar ist. Italien stimmte für den Text und reichte gleichzeitig eine förmliche Warnung vor den Risiken der Massenüberwachung ein, was ein Staat nur tut, wenn er beides gleichzeitig will, nämlich zustimmen und es hinterher nicht gewesen sein. Und die Kommission, die das Ganze angestoßen hat, konnte weder die Wirksamkeit noch die Verhältnismäßigkeit der bisherigen Praxis belegen.

Sei an dieser Stelle genau, denn Genauigkeit ist deine einzige Waffe. Was am 9. Juli beschlossen wurde, ist eine Erlaubnis, keine Pflicht, und sie betrifft unverschlüsselte Inhalte. Wer Signal benutzt, wird nicht mitgelesen. Wer behauptet, die EU lese seit Juli alle verschlüsselten Nachrichten mit, sagt die Unwahrheit und wird von der ersten besten Fachfrau zerlegt.

Die Wahrheit ist bloß unangenehmer. Beschlossen wurde das Provisorium. Die dauerhafte Verordnung, in der die Verpflichtung steht, wird seit vier Jahren im Trilog verhandelt, und die Pflicht zum Scannen auf dem Gerät wurde aus dem Entwurf zwar gestrichen, aber der Text enthält eine Überprüfungsklausel, mit der sie zurückkommen kann. Parallel dazu verhandelt man über eine verpflichtende Altersverifikation, die anonyme Kommunikation im Netz faktisch beenden würde, und parallel dazu wird die europäische digitale Brieftasche ausgebaut (EUDI), in der Ausweis, Führerschein, Gesundheitsdaten und Behördenkommunikation zusammenlaufen sollen.

Drei Vorhaben, ein Zeitraum, eine Richtung. Wer kommuniziert, wird gescannt. Wer sich im Netz bewegt, wird identifiziert. Wer zum Amt geht, wird erfasst.

Und nun leg die beiden Vorgänge nebeneinander, den sächsischen und den europäischen, denn sie sind derselbe Vorgang in zwei verschiedenen Gewalten.

In Dresden sagte ein Gericht nein, und das Nein wurde zur Frist, und die Frist wurde zum Hebel, und heraus kam mehr, als vorher da war. In Straßburg sagte ein Parlament zweimal nein, und man wechselte das Verfahren, bis das Nein rechnerisch ein Ja war. Die Judikative und die Legislative, also genau die beiden Einrichtungen, die dich davor schützen sollen, wurden in beiden Fällen nicht übergangen. Sie wurden benutzt.

Das ist die Ausbaustufe. Sie braucht keinen Putsch. Sie braucht eine Geschäftsordnung die immer im Sinne des Missbrauchssystems funktioniert.

Es lohnt außerdem, sich anzusehen, was das Wort Gefahrenabwehr bedeutet, denn das Polizeirecht regelt nicht die Aufklärung von Straftaten, sondern die Abwehr künftiger Gefahren. Es bestimmt also, was die Polizei tun darf, bevor irgendetwas geschehen ist. Seit Jahren verlagern sich polizeiliche Befugnisse in dieses Vorfeld hinein, und mit der automatisierten Analyse verschiebt sich der Blick endgültig weg vom konkreten Verdacht und hin zur Suche nach statistischen Auffälligkeiten. Das ist der eigentliche Bruch, und er ist so grundlegend, dass man ihn beinahe übersieht.

Bisher fragte der Staat, was du getan hast. Künftig fragt eine Software, wem du ähnlich siehst.

Und was den Staatstrojaner angeht, so ist das Problem nicht das, was du vermutest, sondern etwas Schlimmeres. Niemand hat der Polizei erlaubt, dir Beweise unterzuschieben, und das behauptet auch niemand ernsthaft. Das Problem ist technischer Natur, und der Chaos Computer Club weist seit Jahren darauf hin: Eine Software, die tief genug in dein Gerät eindringt, um verschlüsselte Nachrichten vor der Verschlüsselung mitzulesen, hat notwendigerweise Schreibrechte auf diesem Gerät. Wer hineinschauen kann, kann technisch auch hineinschreiben.

Damit ist nicht gesagt, dass es jemand tut. Gesagt ist etwas anderes, nämlich dass sich hinterher nicht mehr beweisen lässt, dass es niemand getan hat. Ein Beweismittel, dessen Unversehrtheit sich nicht belegen lässt, ist kein Beweismittel mehr, sondern eine Behauptung mit amtlichem Briefkopf. Der Schaden liegt nicht in der Fälschung. Er liegt darin, dass die Möglichkeit der Fälschung nicht mehr ausgeschlossen werden kann, und in einem Rechtsstaat ist das ein Riss im Fundament, gerade wenn die Polizei immer mehr entgleist und sich die Regierung immer mehr in ein Totalitäres Regime verwandelt.

Ein System, das für die Menschen gebaut wäre, würde an dieser Stelle etwas anderes tun. Es würde die Ursache angehen. Es würde fragen, warum eine mittlere Großstadt pro Jahr das Land verlässt, und es würde an den Gründen etwas ändern.

Was tatsächlich aufgestockt wird, ist der Gewalt-Apparat.

Und wenn ein solcher Apparat erst einmal steht, dann stirbt die Freiheit nicht an einem Tag, an dem alle es merken. Sie stirbt an einem Dienstag, und niemand bemerkt es, weil an diesem Dienstag lediglich ein Formular eingeführt wurde. Sie stirbt in dem Moment, in dem du dir überlegst, ob du diesen einen Satz wirklich schreiben sollst, und zwar nicht, weil man dich bestrafen wird, sondern weil du dir nicht ganz sicher bist.

Genau diese Unsicherheit ist das Produkt. Sie ist es, was die Anlage herstellt. Nicht Gehorsam, denn Gehorsam ist viel zu teuer und muss überwacht werden, sondern Vorsicht. Vorsicht kostet den Staat nichts, weil du sie selbst herstellst, in deinem eigenen Kopf, kostenlos, jeden Tag, und weil du sie für deine eigene Idee hältst.

Orwell hat einen Fehler gemacht, als er einen Bildschirm an die Wand hängte, der zurückschaut. Das war zu grob, und es war zu teuer, denn hinter jedem Bildschirm muss jemand sitzen. Es braucht keinen Bildschirm. Es braucht nur, dass du nicht weißt, ob geschaut wird. Der Rest erledigt sich von allein, und er erledigt sich in dir.

VI. Die einzige Frage, die zählt

Leg das Buch für einen Moment weg.

Nicht als rhetorische Geste. Wirklich. Setz dich hin, an irgendeinem Abend, an dem niemand etwas von dir will, und stell dir die Fragen, die jetzt kommen, ganz ernsthaft, so, als würde sie dir jemand stellen, den du nicht anlügen kannst.

Für wen bist du auf diese Welt gekommen?

Für einen Machthaber?

Für einen Politiker, dessen Namen du in zehn Jahren vergessen hast?

Für einen Haushaltsplan, in dem du eine Zeile bist, eine Zahl unter Position Lohnsteuer, gerundet auf Millionen, ununterscheidbar von den anderen 44 Millionen Zeilen?

Für ihre Kriege? Sollen deine Kinder das Material sein, mit dem eine Landkarte neu gezeichnet wird, von Leuten, die deine Kinder nie gesehen haben und deren eigene Kinder ganz sicher nicht dort sein werden?

Musst du dafür bezahlen, dass du lebst? Dass du atmest, wohnst, isst, arbeitest, dich bewegst?

Rechne es einmal zusammen, alles, nicht nur die Lohnsteuer: die Sozialabgaben, die Mehrwertsteuer auf jeden Einkauf, die Energiesteuer, die Grunderwerbsteuer, die Versicherungsteuer, die Rundfunkabgabe. Rechne es zusammen und sieh dir die Zahl an, und dann sag dir laut, in deinem eigenen Wohnzimmer, wie viel von deiner Lebenszeit für dich war.

Wessen Leben ist das, das du lebst? Deins?

Oder das der Ressourcenverwerter, die dich als Posten führen, als Aufkommen, als Humankapital? Das Wort steht in ihren Papieren. Sie haben es nicht einmal versteckt. Humankapital. Kapital ist etwas, das arbeitet, damit ein anderer den Ertrag bekommt.

Und jetzt die Frage hinter den Fragen, die einzige, auf die es ankommt: Gehörst du dir?

Wenn du diese Frage ehrlich beantwortest, hast du das System bereits verlassen.

Alles Weitere ist Ausführung.

VII. Schluss

Die Sklaverei muss enden.

Nicht reformiert werden, denn Reform ist genau das, was sie ohnehin die ganze Zeit tun. Reform heißt in diesem Land, dass man dasselbe noch einmal sagt, nur freundlicher. Aus dem Zugriff wird eine Beteiligung. Aus der Meldeauflage wird eine Nachweispflicht. Aus der Enteignung wird ein Beitrag zur Solidargemeinschaft. Du hast auf jeder Seite dieses Buches gesehen, wie das geht, und du solltest inzwischen wissen, dass jede Reform, die man dir anbieten wird, nichts weiter ist als ein frischer Lack auf demselben morschen Holz.

Sie muss enden, und zwar endgültig.

Und je früher das beginnt, desto weniger Menschen kommen zu Schaden, denn das ist keine Ungeduld, sondern Arithmetik.

Rechne es dir aus. In diesem Land werden pro Jahr etwa siebenhunderttausend Kinder geboren. Das ist ein Jahrgang. Diese siebenhunderttausend Menschen werden zur Schule gehen, sie werden arbeiten, sie werden Kinder bekommen, sie werden alt werden und sterben, und in der gesamten Zeit dazwischen wird ein Apparat ihnen einhundertdreiundneunzig Tage pro Jahr abnehmen, ohne sie ein einziges Mal zu fragen, ob sie einverstanden sind.

Zehn Jahre Verzögerung sind deshalb kein Aufschub, über den man in Ruhe reden kann. Zehn Jahre Verzögerung sind sieben Millionen Menschen, die vollständig innerhalb dieser Ordnung geboren werden und vollständig innerhalb dieser Ordnung sterben, und für die sich die Frage nie gestellt hat, weil zu ihren Lebzeiten niemand sie gestellt hat. Wer sagt, man müsse Geduld haben, sagt in Wahrheit, dass noch ein paar Jahrgänge das ganze Leben lang zahlen sollen, bis er sich bereit fühlt.

Und jetzt lies sehr genau, was der Satz von der sterbenden Herrschaft sagt und was er nicht sagt, denn genau hier wird man ihn dir verdrehen wollen.

Sterben müssen nicht die Menschen, die die Herrschaft ausüben, denn sie sind austauschbar, und wenn das hart klingt, dann deshalb, weil es keine Milde ist, sondern Verachtung. Man könnte sie morgen früh allesamt austauschen, und ihre Nachfolger wären dieselben, weil nicht der Mensch das Problem ist, sondern der Stuhl, auf dem er sitzt, und dieser Stuhl ist ein Thron, den man aus dem Ertrag fremder Hände gezimmert hat. Wer glaubt, es ginge um Menschen, hat nichts verstanden, und er wird am Ende nichts anderes tun, als beim Umzug zu helfen.

Genau das ist in der Geschichte hundertmal geschehen. Man hat den Herrscher aufs Schafott geführt, man hat auf den Plätzen gejubelt, man hat eine neue Fahne gehisst und ihr einen neuen Namen gegeben, und während die Menge noch feierte, saß längst jemand anderes an demselben Schreibtisch, in demselben Zimmer, und unterschrieb dieselben Papiere mit einer anderen Feder. Am nächsten Morgen ging die Arbeit weiter wie an jedem Morgen davor. Die Ernte wurde eingebracht wie immer. Der Anteil wurde abgeführt wie immer. Nur das Porträt an der Wand war ausgetauscht worden.

Wer die Menschen bekämpft und den Stuhl stehen lässt, hat nicht die Plantage abgebrannt. Er hat das Namensschild am Tor abgeschraubt und ein neues angebracht, und dann hat er sich hingestellt und es Revolution genannt.

Sterben muss der Anspruch, über Menschen zu herrschen.

Sterben muss die Idee, dass ein Mensch etwas gehört, das größer ist als er, und es ist vollkommen gleichgültig, wie dieses Größere sich nennt. Ob es sich Regierung nennt oder Verwaltung, ob es sich Kirche nennt oder Bewegung, ob es eine Fahne hat oder ein Logo, ob es dich mit Strafe bedroht oder mit Ausschluss oder mit der ewigen Verdammnis, ändert an der Konstruktion nicht das Geringste. Es ist immer dieselbe Behauptung, und sie lautet, dass über dir jemand steht, dem du Rechenschaft schuldest, ohne dass du ihn je darum gebeten hättest.

Sterben muss die Idee, dass man einem Menschen hinterhergreifen darf, wenn er geht. Dass man ihm noch zehn Jahre lang die Hand auf die Schulter legen darf, während er tausend Kilometer entfernt in einer anderen Sprache ein neues Leben beginnt, weil er sich in diesem hier nicht mehr wiederfand. Und dass ein anderes Land, ein Land, das ihn aufgenommen hat und in dem er seine Steuern zahlt, verpflichtet ist, für den Apparat einzutreiben, den er hinter sich gelassen hat, so wie damals Boston liefern musste, was Georgia verlangte.

Sterben muss die Idee, dass ein Menschenleben ein Posten in einer fremden Rechnung ist. Dass da irgendwo ein Buch geführt wird, in dem du eine Zeile bist, und dass andere über diese Zeile verfügen, während du nichts weiter tust, als die Zahlen zu liefern, bis die Zeile eines Tages gestrichen wird, weil du gestorben bist. Und dann wird darunter die nächste Zeile eingetragen, und die trägt den Namen deines Kindes.

Diese Idee ist alt. Sie ist über Jahrtausende immer wieder neu lackiert worden, sie hat in jedem Jahrhundert einen anderen Namen getragen und sich mit den Sitten ihrer Zeit gekleidet, und sie hat unter jedem einzelnen Lack dasselbe behauptet, nämlich dass es Menschen gibt, deren Ertrag von Rechts wegen jemand anderem zusteht.

Und nun kommt der Satz, auf den dieses ganze Buch zuläuft, und ich habe ihn bis hierher aufgehoben.

Der Fugitive Slave Act wurde im Jahr 1864 aufgehoben.

Vierzehn Jahre. So lange hat er gehalten. Vierzehn Jahre lang war er geltendes Recht, er wurde von Gerichten angewendet, von Beamten vollzogen und von anständigen Leuten mit guten Manieren verteidigt, und dann hat man ihn kassiert.

Geh jetzt auf die Straße und frag irgendeinen Menschen, ob es richtig war, ihn aufzuheben. Frag den Nächstbesten, den du siehst.

Er wird dich ansehen, als wärst du verrückt, und du solltest verstehen, warum, denn das ist wichtiger als die Antwort selbst. Er wird dich nicht deshalb so ansehen, weil er die Argumente von 1850 kennt und für widerlegt hält. Er kennt sie überhaupt nicht. Er hat nie eines davon gehört, er könnte kein einziges nennen, und er müsste kein einziges entkräften. Die Argumente sind nicht besiegt worden, sie sind verschwunden. Sie sind so vollständig aus der Welt gefallen, dass die Frage danach wie eine Verrücktheit klingt, und genau das, und nichts anderes, ist der Zustand, den man am Ende erreichen will. Nicht dass die Gegenseite verliert. Dass sie unsagbar wird.

Es gibt heute keinen einzigen Menschen auf dieser Erde, der den Fugitive Slave Act verteidigt. Es gibt keine Partei, die ihn zurückhaben will, es gibt keinen Professor, der ein Buch darüber schreibt, man habe ihn seinerzeit falsch verstanden, und es gibt keinen Stammtisch, an dem nach dem dritten Bier jemand sagt, so ganz unrecht hatten sie damals nicht. Niemand verteidigt ihn, nirgendwo, unter keinen Umständen, und es kommt niemandem auch nur in den Sinn, dass man es könnte.

Und genau deshalb musst du dir jetzt vor Augen führen, was im Jahr 1850 war.

Im Jahr 1850 hielten sehr viele Menschen dieses Gesetz für vernünftig, und sie taten es mit derselben ruhigen Selbstverständlichkeit, mit der du heute hoffst, dass eine Partei dich rettet. Es ist gleichgültig, welche du dabei im Sinn hast, denn die Hoffnung ist in jedem Fall dieselbe, und sie lautet, dass ein System, das auf Zugriff gebaut ist, sich eines Tages selbst beschneiden wird. Niemand, der Macht angehäuft hat und vom Ertrag anderer Menschen lebt, hat je freiwillig etwas davon zurückgegeben. Nicht ein einziges Mal in der gesamten Geschichte. Du wählst den Aufseher, das habe ich dir früher schon gesagt, und über die Plantage stimmt niemand ab.

Sie hielten es damals für notwendig, und sie hielten es für einen fairen Ausgleich zwischen berechtigten Interessen, bei dem eben beide Seiten etwas geben müssten. Sie waren keine Ungeheuer. Es waren Nachbarn, Kaufleute und Pfarrer, ordentliche Leute mit ordentlichen Argumenten, die abends ihre Kinder zu Bett brachten und sonntags in der Kirche saßen, und sie sagten, dass Eigentum nun einmal Eigentum sei und dass man es nicht einfach über einen Fluss tragen könne, bloß weil man Lust dazu habe. Sie sagten, dass es nun einmal so sei. Sie sagten, dass der Bestand des Landes davon abhänge. Sie sagten, dass man das nicht hinterfragen könne, ohne alles zum Einsturz zu bringen.

Vierzehn Jahre später war es vorbei, und heute schämt sich ihre eigene Urenkelgeneration für jedes einzelne dieser Argumente.

Halte diesen Gedanken fest, denn er ist das Einzige in diesem Buch, das dir wirklich gehört. Die Selbstverständlichkeit einer Ordnung sagt überhaupt nichts über ihre Berechtigung aus.

Sie sagt nur etwas darüber, wie lange sie schon steht.

Jede Herrschaft, die je gestürzt wurde, galt am Vorabend ihres Sturzes als alternativlos, und dieses Wort solltest du dir sehr genau ansehen, denn es ist deutsch, es ist neu, und es ist im Jahr 2010 zum Unwort des Jahres gewählt worden. Eine Jury von Sprachwissenschaftlern hat damals begründet, warum, und die Begründung ist schärfer als alles, was ich schreiben könnte: weil das Wort eine Sachdiskussion von vornherein für unnötig erklärt. Es sagt nicht, dass dein Einwand falsch sei, denn dann müsste man ihn widerlegen. Es sagt, dass es deinen Einwand nicht zu geben braucht.

Das ist das Geräusch, das ein Käfig macht, wenn er zufällt.

Du hast dieses Wort in den letzten Jahren oft gehört, und du weißt genau, bei welchen Gelegenheiten. Ich habe dir im ersten Teil dieses Buches gesagt, dass ich nicht darüber urteile, ob das, was damals in der Plandemie angeordnet wurde, richtig oder falsch war, und ich urteile auch jetzt nicht darüber. Ich sage etwas anderes, und es gilt unabhängig davon, auf welcher Seite du damals gestanden hast. Man hat dir gesagt, es gebe keine Alternative. Man hat dir nicht gesagt, die Alternative sei schlechter, denn das wäre ein Argument gewesen, über das man hätte streiten können. Man hat gesagt, es gebe sie gar nicht. Und in dem Augenblick, in dem ein Mensch das glaubt, braucht ihn niemand mehr zu bewachen.

Die Leute von 1850 klangen exakt so. Und die Leute, die dir heute erklären, warum der Zugriff nach deiner Ausreise noch zehn Jahre gilt, klingen exakt so. Es ist nicht dieselbe Grausamkeit, das habe ich dir auf der ersten Seite bereits gesagt und es gilt bis zur letzten. Es ist dieselbe Bauweise, und es ist derselbe Tonfall.

Und jetzt, ganz zum Schluss, kommt der Teil, in dem ich dir die Hoffnung wieder wegnehmen muss, die ich dir vor drei Absätzen gegeben habe. Denn du hast mir nicht zugehört. Du hast gehört, dass es aufgehoben wurde, und du hast erleichtert aufgeatmet, und genau das war der Fehler, vor dem dieses ganze Buch dich warnen wollte.

Lies nicht die Ankündigung. Lies den Mechanismus.

Ein Jahr nach der Aufhebung des Fugitive Slave Act, im Jahr 1865, wurde der dreizehnte Zusatzartikel zur amerikanischen Verfassung verabschiedet, und er ist berühmt geworden, weil er die Sklaverei abschaffte. Sein Wortlaut ist kurz, und du solltest ihn zu Ende lesen, was die meisten Menschen nicht tun. Weder Sklaverei noch unfreiwillige Knechtschaft, heißt es dort, sollen in den Vereinigten Staaten bestehen, und dann folgen sieben Wörter, die man selten zitiert: außer als Strafe für ein Verbrechen, dessen die Person ordnungsgemäß überführt wurde.

Da ist die Tür. Sie ist schmal, sie ist unauffällig, sie steht am Ende eines Satzes, der von Befreiung handelt, und sie war groß genug für ein halbes Jahrhundert.

Die Südstaaten erließen unmittelbar danach Gesetze, die man Black Codes nannte, und diese Gesetze machten es strafbar, keine Arbeit zu haben, sich zu versammeln, sich frei zu bewegen, auf dem Rasen zu gehen. Es waren Straftatbestände, die man erfüllt, indem man existiert. Wer verurteilt war, fiel unter die Ausnahme, und wer unter die Ausnahme fiel, wurde vermietet.

Man nannte es convict leasing. Der Staat verlieh die Verurteilten an private Unternehmen, an Bergwerke, an Eisenbahnen, an Ziegeleien, an genau die Plantagen, von denen sie gerade befreit worden waren. Verhaftet wurden sie von Männern, die pro Kopf bezahlt wurden, und die Zahl der Verhaftungen stieg zuverlässig immer dann, wenn irgendwo Arbeitskräfte gebraucht wurden. In mehreren Bundesstaaten wurde die Vermietung von Gefangenen zur wichtigsten Einnahmequelle des Staatshaushalts. Das System lief bis 1928.

Und jetzt kommt die Zahl, bei der du das Buch weglegen und aus dem Fenster sehen solltest.

Die jährliche Sterblichkeit lag im gesamten Süden zwischen sechzehn und fünfundzwanzig Prozent. In manchen Lagern starben zehnmal so viele Menschen wie in gewöhnlichen Gefängnissen. Texas verbot die Praxis im Jahr 1912, und der Grund dafür war nicht Mitleid, sondern dass zwischen 1866 und 1912 mehr als dreitausendfünfhundert Gefangene gestorben waren. Historiker nennen dieses System schlimmer als die Sklaverei.

Frag dich, warum es schlimmer war, und dann sieh nach, ob du die Antwort nicht längst kennst, weil du sie in Kapitel zwei gelesen hast.

Ein Unternehmer sagte es im Jahr 1883 selbst, und es sind zehn Wörter, die dieses ganze Buch beweisen: Diese Sträflinge gehören uns nicht. Stirbt einer, holt man den nächsten.

Da ist sie. Die gesamte Konstruktion, in einem Satz, aus dem Mund dessen, der sie betrieb.

Der Eigentümer musste seinen Bestand pflegen, weil ein toter Sklave sein Kapital war. Der Mieter musste gar nichts pflegen, weil ihm nichts gehörte. Das Eigentum war abgeschafft worden, und dadurch war der letzte Grund entfallen, den Menschen am Leben zu erhalten. Man hatte die Fessel gelöst und das einzige Interesse mit gelöst, das je zwischen ihm und dem Tod gestanden hatte.

Der Titel dieses Buches ist keine Metapher. Er ist eine historische Ortsangabe.

Sie haben die Sklaverei nicht beendet. Sie haben sie vermietet. Sie haben genau das getan, was ich dir in Kapitel zwei über dein Leben geschrieben habe, und sie haben es im Augenblick der Befreiung getan, mit einem Nebensatz, unter dem Jubel der Befreiten, und niemand hat es bemerkt, weil alle die Überschrift lasen.

Deshalb, und das ist das Letzte, was ich dir mitgeben kann, glaub keiner Abschaffung. Glaub keiner Reform, keiner Aussetzung, keinem Verzicht, keinem feierlichen Verspechen und keinem Gesetz, das nach Erleichterung klingt. Lies den Nebensatz. Lies die Ausnahme. Lies die Übergangsregelung, die Überprüfungsklausel und die Frist. Sie schreiben es hin, jedes Mal, sie haben es nie versteckt, sie haben nur darauf gesetzt, dass du bei der Überschrift aufhörst.

Die Kriegstreiber und die Brandstifter werden gehen müssen, mit ihren Demokratien und ihren Diktaturen und allem, was sie sonst noch an Etiketten erfunden haben, denn das sind keine Gegensätze, so gern man dir das erzählt. Es sind Etiketten auf derselben Ware.

Und die Ware bist du!

Der Mensch gehört sich selbst.

Das ist kein Programm, das ist kein Vorschlag, und das ist keine Position, über die man in einem Studio zu später Stunde diskutiert. Es ist eine Feststellung, und sie ist entweder wahr oder sie ist es nicht, und wenn sie wahr ist, dann war alles, was in diesem Buch beschrieben wurde, kein Verwaltungsvorgang, sondern ein Verbrechen mit einem Aktenzeichen.

Du hast das Recht, dein Leben so zu führen, wie du es für richtig hältst. Du hast das Recht, den Ertrag deiner Hände zu behalten. Du hast das Recht, auf einem Stück Erde zu stehen, das dir gehört, und dort selbst zu bestimmen, wo die Werkbank steht. Du hast das Recht, deine Kinder so aufwachsen zu lassen, wie du es verantworten kannst. Und du hast das Recht zu gehen, ohne dass dir jemand ein Jahrzehnt lang nachfasst.

Diese Rechte hat dir niemand verliehen, und deswegen kann sie dir auch niemand nehmen. Man kann sie dir nur verweigern, und das ist etwas völlig anderes, und den Unterschied kennst du jetzt.

Es ist Zeit, den Kerker zu verlassen. Nicht nur in Deutschland, nicht nur in Österreich, nicht nur in der Schweiz, sondern überall dort, wo ein Mensch für einen Posten in einer fremden Rechnung gehalten wird, und das ist so ziemlich überall.

Und wenn du dich fragst, ob das jemals gelingen kann, dann denk daran, dass es schon einmal gelungen ist, wenn auch nur halb, und dass die halbe Hälfte hundert Jahre später nachgeholt wurde.

Irgendwann im Jahr 1849 saß in Boston ein Mensch an einem Tisch und schrieb auf, dass kein Mensch einem anderen gehören dürfe. Man hat ihn für einen Spinner gehalten. Man hat ihm erklärt, dass das nun einmal so sei, dass die Wirtschaft daran hänge, dass er die Zusammenhänge nicht verstehe und dass es keine Alternative gebe. Fünfzehn Jahre später war das Gesetz Geschichte, und weitere hundert Jahre später hat man Straßen nach ihm benannt.

In hundertfünfzig Jahren wird ein Mensch dieses Kapitel lesen. Er wird darin finden, dass ein Staat einen Verkauf besteuert hat, den es nie gegeben hat. Dass ein anderer Staat verpflichtet war, für ihn einzutreiben. Dass ein Parlament eine Sache zweimal abgelehnt hat und sie trotzdem galt, weil man die leeren Stühle mitzählte. Er wird den Kopf schütteln und sich fragen, wie zum Teufel die Leute damals das jahrzehntelang mit sich machen lassen konnten, und er wird kein einziges der Argumente kennen, mit denen man es dir heute erklärt, weil sie bis dahin verschwunden sein werden wie die von 1850.

Sorg dafür, dass er eine gute Antwort bekommt.

Es ist dein Leben. Es ist deine Zeit. Und du allein solltest darüber bestimmen.

Quellenverzeichnis

Dieses Buch behauptet nichts, was du nicht selbst nachschlagen kannst. Das ist keine Höflichkeit gegenüber dem Leser, sondern die einzige Bauweise, in der eine Streitschrift standhält. Wer eine Ordnung angreift, die über den Gesetzestext verfügt, darf sich keinen einzigen falschen Satz leisten, denn man wird ihn finden, und man wird danach alles Übrige ungelesen weglegen.

Die folgenden Angaben sind so geordnet, wie die Behauptungen im Text erscheinen. Gesetzestexte findest du unter gesetze-im-internet.de, europäische Rechtsakte unter eur-lex.europa.eu, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts unter bundesverfassungsgericht.de und Zahlen des Statistischen Bundesamtes unter destatis.de.

Vorbemerkung

Gewaltmonopol. Max Weber, Politik als Beruf, Vortrag von 1919: der Staat als menschliche Gemeinschaft, die das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich beansprucht. — Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte: § 113 StGB. — Kontenpfändung und Vollstreckung: §§ 249 ff. Abgabenordnung.

Bürgergeld und Leistungsminderung. Sozialgesetzbuch II, insbesondere §§ 31a und 31b zu Leistungsminderungen sowie § 7 Abs. 3 zur Bedarfsgemeinschaft. Zur verfassungsrechtlichen Grenze der Sanktionen: BVerfG, Urteil vom 5. November 2019, 1 BvL 7/16. — Hinweis: Die Eingliederungsvereinbarung wurde mit der Bürgergeld-Reform zum 1. Juli 2023 durch den Kooperationsplan nach § 15 SGB II ersetzt. Prüfe vor dem Druck, ob du die aktuelle oder die frühere Bezeichnung verwenden willst.

Grund und Boden. Grunderwerbsteuergesetz; Grundsteuergesetz; Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung (ZVG).

Garage und Zweckentfremdung. Die Zweckbindung folgt aus der Baugenehmigung; die Nutzungsänderung ist genehmigungspflichtig nach der jeweiligen Landesbauordnung. Bußgeldrahmen: Art. 79 Bayerische Bauordnung (bis 500.000 Euro), § 75 Landesbauordnung Baden-Württemberg (bis 100.000 Euro), § 81 Hamburgische Bauordnung (bis 20.000 Euro), § 80 Hessische Bauordnung (bis 10.000 Euro). Die genannten Beträge sind Höchstrahmen für Verstöße gegen das Bauordnungsrecht insgesamt, nicht die für eine Garagennutzung zu erwartende Buße.

Steueridentifikationsnummer. § 139b Abgabenordnung; vergeben seit 2007, geführt vom Bundeszentralamt für Steuern, Speicherung bis 20 Jahre nach dem Tod. — Geburtsanzeige beim Standesamt binnen einer Woche: § 18 Personenstandsgesetz.

Volkszählungsurteil und Registermodernisierung. BVerfG, Urteil vom 15. Dezember 1983, 1 BvR 209/83 u. a. — Registermodernisierungsgesetz vom 28. März 2021, insbesondere das darin enthaltene Identifikationsnummerngesetz (IDNrG). Zur Kritik siehe die Stellungnahmen des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und der Gesellschaft für Freiheitsrechte im Gesetzgebungsverfahren.

Personalausweis. Ausweispflicht: § 1 Personalausweisgesetz. — Fingerabdrücke verpflichtend seit dem 2. August 2021: § 5 Abs. 9 PAuswG in Verbindung mit Verordnung (EU) 2019/1157. — EuGH, Urteil vom 21. März 2024, Rechtssache C-61/22 (Landeshauptstadt Wiesbaden): Die Verordnung wurde im falschen Verfahren erlassen und ist ungültig, bleibt aber bis zum 31. Dezember 2026 anwendbar. — Eigentum: § 4 Abs. 2 PAuswG. — Erkennungsdienstliche Behandlung: § 81b Strafprozessordnung.

Wunderlich gegen Deutschland. EGMR, Urteil vom 10. Januar 2019, Beschwerde-Nr. 18925/15. Der Vorfall datiert auf den 29. August 2013; die Kinder kehrten am 19. September 2013 zurück, nachdem die Eltern am 10. September schriftlich eingewilligt hatten.

Verbot des Heimunterrichts. Achtung, hier musst du selbst nachsehen, bevor du druckst. Die Formulierung von den religiös oder weltanschaulich geprägten Parallelgesellschaften stammt aus der Rechtsprechung zum Schulzwang; sie findet sich unter anderem in BVerfG, Beschluss vom 31. Mai 2006, 2 BvR 1693/04. Falls du die Jahreszahl 2014 im Text behalten willst, prüfe das genaue Aktenzeichen und passe entweder Jahr oder Fundstelle an. Ein falsches Aktenzeichen an dieser Stelle kostet dich das ganze Kapitel.

Anti-Literacy-Gesetze. South Carolina, Negro Act von 1740; Verschärfungen in mehreren Südstaaten nach dem Aufstand von Nat Turner im Jahr 1831.

Steuerzahlergedenktag 2026. Bund der Steuerzahler / Deutsches Steuerzahlerinstitut, Presseinformation vom 10. Juli 2026: Montag, 13. Juli 2026, 23:21 Uhr; Einkommensbelastungsquote 53,1 Prozent (20,8 Punkte Steuern, 32,3 Punkte Sozialabgaben); Alleinlebende 54,0 Prozent, Gedenktag 17. Juli. Berechnungsgrundlage sind Haushaltsdaten des Statistischen Bundesamtes. Der Einwand von Präsident Reiner Holznagel steht in derselben Mitteilung.

OECD-Vergleich. OECD, Taxing Wages, Abgabenbelastung lediger Durchschnittsverdiener; Deutschland an zweiter Stelle hinter Belgien, europäischer Durchschnitt 44,9 Prozent.

Abgeordnetenentschädigung. § 11 Abs. 4 Abgeordnetengesetz (Anpassungsautomatik seit 2014, Orientierung am Nominallohnindex). Höhe seit Juli 2025: 11.833,47 Euro monatlich. Aussetzung der Erhöhung zum Juli 2026 um 4,2 Prozent (497,01 Euro) auf 12.330,48 Euro: Anpassungsverfahrensabweichungsgesetz 2026, Bundestagsdrucksache 21/6330. Die Automatik läuft zum 1. Juli 2027 wieder an, ausgehend von 11.833,47 Euro.

Ukraine. Auswärtiges Amt, Stand 24. Februar 2026: rund 41 Milliarden Euro zivile und rund 55,5 Milliarden Euro militärische Unterstützung, geleistet oder bereitgestellt. Etat 2026: rund 11,55 Milliarden Euro. Zum Vergleich der internationalen Leistungen: Ukraine Support Tracker des Kiel Instituts für Weltwirtschaft. Der Überfall datiert auf den 24. Februar 2022.

Rundfunkbeitrag. Rundfunkbeitragsstaatsvertrag; Vollstreckung durch die Landesrundfunkanstalten im Verwaltungsvollstreckungsverfahren.

Kognitive Dissonanz. Leon Festinger, A Theory of Cognitive Dissonance, Stanford University Press 1957. — Elliot Aronson und Judson Mills, The effect of severity of initiation on liking for a group, Journal of Abnormal and Social Psychology 59 (1959), S. 177–181.

Systemrechtfertigung. John T. Jost und Mahzarin R. Banaji, The role of stereotyping in system-justification and the production of false consciousness, British Journal of Social Psychology 33 (1994), S. 1–27.

Stockholm-Syndrom. Begriff geprägt von Nils Bejerot im Zusammenhang mit der Geiselnahme in der Norrmalmstorg in Stockholm im August 1973. Der Begriff ist weder im DSM-5 noch in der ICD-11 als Diagnose geführt.

I. Die alte Plantage

Fugitive Slave Act of 1850. Verabschiedet am 18. September 1850 als Teil des Kompromisses von 1850, 9 Stat. 462. Kernbestimmungen: Verpflichtung der freien Staaten zur Herausgabe; Strafen für Amtsträger und Helfer; Ausschluss der Aussage des Betroffenen; kein Geschworenenverfahren; Vergütung des Kommissars mit zehn Dollar bei Zusprechung an den Anspruchsteller und fünf Dollar bei Freilassung. Der Gesetzestext ist über die Library of Congress und die Yale Law School (Avalon Project) zugänglich.

Flucht nach Kanada. Die Schätzung von etwa zwanzigtausend Menschen in den Jahren nach 1850 ist in der Forschung verbreitet, die genaue Zahl ist umstritten. Halte die Formulierung im Konjunktiv, wie sie im Text steht.

II. Vermietung statt Verkauf

Wegzugsbesteuerung. § 6 Außensteuergesetz (fingierte Veräußerung bei Wohnsitzverlegung). — Erweiterte beschränkte Steuerpflicht: § 2 Außensteuergesetz (Zugriff auf bestimmte Einkünfte für zehn Jahre nach dem Wegzug bei Zuzug in ein Niedrigsteuerland und fortbestehenden wesentlichen wirtschaftlichen Interessen im Inland). — Meldeverfahren: Mitteilungspflicht nach § 6 Abs. 5 AStG, verpflichtendes elektronisches Verfahren seit 2026. — Fondsanteile: § 19 Investmentsteuergesetz.

Österreich. Budgetmaßnahmengesetz 2026, beschlossen vom Nationalrat im Juni 2026: jährliche Meldepflicht unter Angabe der aktuellen Anschrift, Versäumnis gilt als Veräußerung, keine Heilungsmöglichkeit vorgesehen. Zu prüfen über das Rechtsinformationssystem des Bundes (ris.bka.gv.at) und die Parlamentskorrespondenz.

EU-Beitreibung. Richtlinie 2010/24/EU des Rates vom 16. März 2010 über die Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen. In Deutschland umgesetzt durch das EU-Beitreibungsgesetz (EUBeitrG) vom 7. Dezember 2011, BGBl. I S. 2592, in Kraft seit dem 1. Januar 2012. Kernpunkte: einheitlicher Vollstreckungstitel ohne besonderes Anerkennungsverfahren; Behandlung der ausländischen Forderung wie eine eigene; Bankgeheimnis kein Verweigerungsgrund; Rechtsbehelf gegen die Forderung nur im ersuchenden Staat nach dessen Recht; Beitreibung auch bestrittener Forderungen möglich.

Beitreibungsklausel in Doppelbesteuerungsabkommen. Artikel 27 des OECD-Musterabkommens.

Kontenabruf. § 93b Abgabenordnung in Verbindung mit § 24c Kreditwesengesetz; Verfahren eingeführt 2005.

Auswanderungszahl. Statistisches Bundesamt, Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland: 288.579 Fortzüge deutscher Staatsangehöriger im Jahr 2025, höchster Wert der aktuellen Zeitreihe.

III. Der Zahlungsverkehr ist der Zaun

Bargeld an der Grenze. Anmeldepflicht ab 10.000 Euro: Verordnung (EU) 2018/1672 für das Verbringen über die Außengrenzen; § 12a Zollverwaltungsgesetz für die Binnengrenzen.

Digitaler Euro. Vorschlag für eine Verordnung über die Einführung des digitalen Euro, COM(2023) 369 final vom 28. Juni 2023. Artikel 24 Abs. 2 (der digitale Euro ist kein programmierbares Geld); Artikel 24 Abs. 1 (bedingte Zahlungen); Erwägungsgrund 55 (Unterstützung programmierbarer Zahlungen durch Zahlungsdienstleister). Zur Kritik an dieser Konstruktion siehe die Arbeiten von Norbert Häring. — Verhandlungsposition des Wirtschafts- und Währungsausschusses des Europäischen Parlaments: 23. Juni 2026, angenommen mit 43 zu 14 Stimmen. Zeitplan über die Webseiten der Europäischen Zentralbank.

Automatisierte Datenanalyse, erste Entscheidung. BVerfG, Urteil vom 16. Februar 2023, 1 BvR 1547/19 und 1 BvR 2634/20, zu § 25a Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und § 49 Hamburgisches Polizeidatenverarbeitungsgesetz.

IV. Die Applaudierenden

GERPS. German Emigration and Remigration Panel Study, durchgeführt vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung gemeinsam mit der Universität Duisburg-Essen, gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Zentrale Befunde: rund drei Viertel der Ausgewanderten mit Hochschulabschluss gegenüber rund einem Viertel in der Gesamtbevölkerung; Einkommenszuwachs von durchschnittlich etwa 1.200 Euro netto monatlich; rund zwei Drittel mit Rückkehrabsicht; von etwa 3,3 Millionen ausgewanderten Deutschen der letzten drei Jahrzehnte sind etwa 2,5 Millionen zurückgekehrt. Projektleitung: Marcel Erlinghagen (Universität Duisburg-Essen), Andreas Ette und Norbert F. Schneider (BiB).

Wanderungssaldo. Statistisches Bundesamt: Nettoverlust deutscher Staatsangehöriger im Jahr 2025 von 96.689 Personen; negativer Saldo in jedem Jahr seit mindestens 2005.

Patrouillen. Zur sozialen Zusammensetzung der Sklavenpatrouillen im Süden der Vereinigten Staaten, überwiegend aus armen Weißen ohne eigenen Sklavenbesitz, siehe Sally E. Hadden, Slave Patrols: Law and Violence in Virginia and the Carolinas, Harvard University Press 2001.

V. Es ist erst der Anfang

Sächsisches Polizeigesetz. Sächsisches Polizeivollzugsdienstgesetz, beschlossen vom Sächsischen Landtag am 24. Juni 2026 mit 60 zu 53 Stimmen bei einer Enthaltung, verkündet am 30. Juni 2026, in Kraft seit dem 1. Juli 2026. Vorgeschichte: Der Sächsische Verfassungsgerichtshof hatte Teile der Vorgängerregelung für verfassungswidrig erklärt und eine Neuregelung bis zum 30. Juni 2026 verlangt. Neue Befugnisse unter anderem: automatisierte Datenanalyse, biometrische Fernidentifizierung in Echtzeit, biometrischer Abgleich mit öffentlich zugänglichen Internetdaten, intelligente Videoüberwachung, Quellen-Telekommunikationsüberwachung, automatisierte und verdeckte Kennzeichenerfassung. Eine abstrakte Normenkontrolle erfordert dreißig Stimmen im Landtag. Belege über das Sächsische Gesetz- und Verordnungsblatt, die Landtagsdokumentation und die Sachverständigenanhörung im Innenausschuss.

Palantir. Im Einsatz in Hessen (hessenDATA), Nordrhein-Westfalen, Bayern (Rahmenvertrag, dem weitere Länder und der Bund ohne erneutes Vergabeverfahren beitreten können) und Baden-Württemberg. Zur Berichterstattung: netzpolitik.org und die Verfassungsbeschwerden der Gesellschaft für Freiheitsrechte.

Sicherheitspaket des Bundes. Kabinettsbeschluss Ende April 2026; geplanter § 98e Strafprozessordnung zur Vernetzung polizeilicher Datenbestände und automatisierten Zusammenhangssuche. Kritische Stellungnahme der Bundesrechtsanwaltskammer zu Bewegungs- und Persönlichkeitsprofilen. Einordnung: Eyk Lenschow, Universität Leipzig, im Verfassungsblog.

KI-Verordnung. Verordnung (EU) 2024/1689 über künstliche Intelligenz; die Vereinbarkeit der biometrischen Gesichter- und Stimmensuche mit ihr wurde in der sächsischen Sachverständigenanhörung bestritten.

Chatkontrolle. Verordnung (EU) 2021/1232 (befristete Ausnahme von der ePrivacy-Richtlinie, freiwilliges anlassloses Scannen unverschlüsselter Inhalte). Ablauf des Verfahrens 2026: Ablehnung der Verlängerung durch das Europäische Parlament am 26. März 2026 mit 311 zu 228 Stimmen; Auslaufen der Regelung Anfang April; Festlegung der Ratsposition am 2. Juli; Beschluss über das Dringlichkeitsverfahren am 7. Juli mit 331 zu 304 Stimmen; Abstimmung in zweiter Lesung am 9. Juli. In zweiter Lesung ist zur Ablehnung die absolute Mehrheit der Mitglieder erforderlich, also 361 Stimmen; diese wurde nicht erreicht, die Ratsposition gilt damit als angenommen. Verlängerung bis April 2028. — Die konkreten Stimmzahlen der Abstimmung vom 9. Juli werden in den Quellen unterschiedlich wiedergegeben. Wenn du eine Zahl drucken willst, hol sie aus dem namentlichen Abstimmungsprotokoll des Europäischen Parlaments. — Bedenken des Juristischen Dienstes des Rates; förmliche Erklärung Italiens zu den Risiken der Massenüberwachung. Die dauerhafte Verordnung (CSA-Verordnung, COM(2022) 209 final) befindet sich weiterhin im Trilog; die Pflicht zum clientseitigen Scannen wurde aus dem Entwurf gestrichen, eine Überprüfungsklausel bleibt enthalten. Fortlaufende Dokumentation: chatkontrolle.de und netzpolitik.org.

Staatstrojaner. Zur technischen Kritik an der Integrität von Beweismitteln bei Systemen mit Schreibrechten siehe die Stellungnahmen des Chaos Computer Club.

VI. Die einzige Frage

Humankapital. Der Begriff ist Standardvokabular der Volkswirtschaftslehre und der Personalwirtschaft; er war Unwort des Jahres 2004.

VII. Schluss

Geburtenzahl. Statistisches Bundesamt, Zahl der Lebendgeborenen in Deutschland, zuletzt in der Größenordnung von etwa 700.000 pro Jahr. Setz hier vor dem Druck die aktuelle Zahl ein.

Aufhebung des Fugitive Slave Act. Aufgehoben am 28. Juni 1864, 13 Stat. 200.

Dreizehnter Zusatzartikel. Verabschiedet vom Kongress am 31. Januar 1865, ratifiziert am 6. Dezember 1865. Wortlaut Abschnitt 1: „Neither slavery nor involuntary servitude, except as a punishment for crime whereof the party shall have been duly convicted, shall exist within the United States, or any place subject to their jurisdiction." Die Ausnahmeklausel sind die Wörter zwischen den Kommata.

Black Codes und convict leasing. Zur Entstehung nach 1865, zur Kriminalisierung von Erwerbslosigkeit und Aufenthalt und zur Vermietung Verurteilter an private Unternehmen bis 1928: Douglas A. Blackmon, Slavery by Another Name: The Re-Enslavement of Black Americans from the Civil War to World War II, Doubleday 2008 (Pulitzer-Preis 2009); David M. Oshinsky, Worse Than Slavery: Parchman Farm and the Ordeal of Jim Crow Justice, Free Press 1996; Sammlungen der Library of Congress und der Equal Justice Initiative. Jährliche Sterblichkeit im gesamten Süden zwischen 16 und 25 Prozent; in einzelnen Lagern ein Vielfaches der Sterblichkeit gewöhnlicher Gefängnisse. Texas: mehr als 3.500 Todesfälle zwischen 1866 und 1912, Verbot der Praxis 1912; Georgia: Ende des Systems 1907. — Das Zitat eines Unternehmers aus dem Jahr 1883 über die fehlende Eigentümerstellung ist in der Literatur zum convict leasing überliefert; prüfe die genaue Fundstelle bei Blackmon oder Oshinsky, bevor du es druckst, und gib sie an.

Unwort des Jahres. „Alternativlos", gewählt von der unabhängigen Jury der Aktion Unwort des Jahres für das Jahr 2010, verkündet im Januar 2011. Begründung: Das Wort erklärt eine Sachdiskussion von vornherein für unnötig. Dokumentation unter unwortdesjahres.net.

Alle Netzquellen wurden zuletzt im Juli 2026 geprüft. Gesetzesstände ändern sich; wo dieses Buch ein Datum nennt, ist der Stand zu diesem Datum gemeint.